



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht des Bundesrates 2017

Band II

Geschäftsbericht des Bundesrates 2017 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 14. Februar 2018

Einleitung	3
Bundeskanzlei.....	5
Departement für auswärtige Angelegenheiten	9
Departement des Innern	19
Justiz- und Polizeidepartement.....	27
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	33
Finanzdepartement	37
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	45
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	53

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1663-1277
Art.-Nr. 104.610.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen. Der Zielerreichungsgrad wird wie folgt bestimmt:

<i>Realisiert:</i>	Alle Massnahmen eines Ziels sind realisiert.
<i>Überwiegend realisiert:</i>	75 Prozent und mehr der Massnahmen sind realisiert.
<i>Teilweise realisiert:</i>	25–74 Prozent der Massnahmen sind realisiert.
<i>Nicht realisiert:</i>	Weniger als 25 Prozent der Massnahmen sind realisiert.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2017 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Wirksame Unterstützung des Bundesrates und der Departemente

Realisiert

- ▶ **Für die Vorbereitung und Unterstützung der Bundesratssitzungen werden Geschäfte, die sich dafür eignen, in der Generalsekretärenkonferenz (GSK) vorbesprochen, unter anderem auch zur Klärung von Differenzen oder zur Erarbeitung von Beschlussvarianten.**

Im Berichtsjahr hat sich die Generalsekretärenkonferenz (GSK) unter anderem mit Steuerungsfragen im Personalbereich befasst und ihre Controllingaufgabe zuhanden des Bundesrates aktiv wahrgenommen. Dies als Folge des Beschlusses des Bundesrates vom 9. November 2016, der eine Stärkung der Rolle der GSK in diesen Bereichen vorsieht. So hat die GSK im Rahmen von zwei Sondersitzungen die personalpolitische Standortbestimmung und die Gesamtbeurteilung im Personalbereich vorbesprochen sowie das Controlling im Bereich der IKT-Schlüsselprojekte, des Risikomanagements und der Bundesratsgeschäfte verstärkt. Schliesslich prüft die GSK neu seit diesem Berichtsjahr die Etappenfreigabe von Verpflichtungskrediten bei IKT-Schlüsselprojekten zuhanden des Bundesrates.

- ▶ **Die Bundeskanzlei bietet den Departementen Beratung in fachlichen und formalen Fragen sowie in Verfahrens- und Controllingfragen an; sie wird als kompetente Lösungsvermittlerin wahrgenommen.**

Die Bundeskanzlei nimmt diese Aufgabe insbesondere im Rahmen der Prüfung von Bundesratsgeschäften, der Vorbereitung von Bundesratssitzungen, der Nachführung von auftragsrelevanten Daten in EXEBRC sowie von Rechtsauskünften in ihrem Zuständigkeitsbereich (z.B. zur Anwendung des Vernehmlassungsrechts) wahr. Darüber hinaus engagiert sie sich in verschiedenen Ausbildungskursen. Mit den Departementen bestehen regelmässige Kontakte auf allen Stufen.

Ziel 2: Optimierung von Organisation und Abläufen

Realisiert

- ▶ **Die Bundeskanzlei überprüft ihre Organisationsstruktur im Hinblick auf einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte und auf die Nutzung möglicher Synergien und setzt allfällige Optimierungsmassnahmen bis Ende des 2. Quartals 2017 um.**

Mit dem Ziel, die Abläufe zu optimieren, Schnittstellen zu eliminieren und Synergien besser zu nutzen, werden seit Mai 2017 Aufgaben des bisherigen Direktionsstabes im Stab Bundeskanzler und bei den Internen Diensten wahrgenommen.

- ▶ **Die Bundeskanzlei prüft gemeinsam mit den zuständigen Stellen in den Departementen den Einsatz einer einheitlichen Übersetzungssoftware für alle Übersetzungsdienste der Bundesverwaltung und nimmt gegebenenfalls ab Ende des 3. Quartals 2017 an den Vorbereitungsarbeiten einer entsprechenden WTO-Ausschreibung teil.**

Die Bundeskanzlei und das Generalsekretariat des WBF haben gemeinsam mit den zuständigen Stellen in den anderen Departementen den Einsatz einer einheitlichen Übersetzungssoftware geprüft und diesbezüglich Bericht an die Generalsekretärenkonferenz (GSK) erstattet. Nach dem Entscheid der GSK vom 28. April 2017 haben die Bundeskanzlei und das GS-WBF die Vorbereitungsarbeiten für eine WTO-Ausschreibung lanciert.

Ziel 3: Termin- und inhaltsgerechte Führung wichtiger Projekte

Überwiegend realisiert

- ▶ **Das Konzept zur neuen Gestaltung der Abstimmungserläuterungen ist bis Ende 2017 genehmigt.**

Der Bundesrat hat das neue Gestaltungskonzept für die Abstimmungserläuterungen am 8. Dezember 2017 genehmigt.

- ▶ **Das Nachfolgeprodukt der «Perspektiven 2030» ist konzipiert (Bericht mit Beiträgen namhafter Expertinnen und Experten), und die Umsetzung hat Ende des 3. Quartals 2017 begonnen.**

Der Bericht zur Schweiz 2030 ist konzipiert und in Produktion. Ausgewählte Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen wurden eingeladen, ein für sie relevantes Zukunftsthema, das bei der Festlegung der Bundespolitik Beachtung finden sollte, in einem kurzen Beitrag zu umschreiben.

- ▶ **Das Projekt KAV-Modernisierung ist bis Ende des 3. Quartals 2017 zu 40 Prozent umgesetzt, und die Benutzergruppen in den Departementen und Parlamentsdiensten kennen den Mehrwert des neuen Systems.**

Ende des 3. Quartals 2017 sind über 40 Prozent der Anforderungen spezifiziert und rund 30 Prozent umgesetzt. Verbesserungsmassnahmen wurden ergriffen, um die Verzögerung aufzuholen. Mit den Parlamentsdiensten fanden regelmässige Abstimmungen statt. Die Vertretenden der Departemente wurden in Sitzungen bzw. per Mail über den Stand der Arbeiten orientiert und teils auch in die Konzeptarbeiten einbezogen.

- ▶ **Die Bundeskanzlei und die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz einigen sich für Vote électronique auf ein neues Planungsinstrument mit dem Ziel, die flächendeckende Einführung der vollständig verifizierbaren elektronischen Stimmabgabe zu beschleunigen.**

Das neue Planungsinstrument Vote électronique ist anlässlich der Frühjahrestagung der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz vom 20./21. April 2017 von Bund und Kantonen verabschiedet worden.

- ▶ **Der Bundesrat genehmigt Regulierungsvorschläge für Vote électronique im Bereich der Transparenz (Offenlegung Quellcodes).**

Der Bundesrat hat am 5. April 2017 entschieden, die Offenlegung des Quellcodes als Zulassungsvoraussetzung vorzuschreiben und damit die Systeme transparenter auszugestalten. Der Bundesrat hat das Mandat erteilt, die Verordnung der Bundeskanzlei über die elektronische Stimmabgabe (VEleS) entsprechend anzupassen.

- ▶ **Mehr Kantone als im Vorjahr führen Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe durch.**

Im 2017 haben mit Aargau und St. Gallen zwei weitere Kantone Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe aufgenommen. Somit haben im 2017 insgesamt acht Kantone einem Teil ihrer Stimmberechtigten E-Voting angeboten.

- ▶ **Die Bundeskanzlei ist Ende 2017 mit ihrem neuen Webauftritt im Intranet und Internet präsent.**

Die neuen Internet- und Intranet-Auftritte der Bundeskanzlei sind seit Ende November 2017 aufgeschaltet.

- ▶ **Das Programm «Realisierung und Einführung GEVER Bund» hat die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der GEVER-Lösung erledigt, und in den Departementen sind die organisatorischen Vorarbeiten der Verwaltungseinheiten abgeschlossen.**

Die Programmarbeiten des IKT-Schlüsselprojekts GENOVA für den Aufbau des künftigen GEVER-Betriebs (Projekt Aufbau Betrieb) sowie der Umsetzung des neuen GEVER-Bundesstandards (Projekt Bundesstandard) sind auf Kurs und das Pilotamt ARE (UVEK) sollte im Frühjahr 2018 wie geplant starten können. In den Departementen bzw. der BK sind die organisatorischen Vorarbeiten (Ordnungssysteme, Organisationsvorschriften) weitgehend abgeschlossen.

- ▶ **Die Strategische Führungsübung SFU 2017 ist durchgeführt.**

Am 16. und 17. November 2017 führte die Bundeskanzlei in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Genf die Strategische Führungsübung (SFU 17) durch. Das Thema der Übung war ein Terrorangriff auf die Schweiz. Beübt wurden alle Departemente und auch der Bundesrat.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Stärkung und Vertiefung unserer Beziehungen zur EU und Ausbau enger Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU/EFTA mit besonderem Augenmerk auf den Beziehungen zu unseren Nachbarländern

Teilweise realisiert

► **Die Botschaft über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU ist verabschiedet.***

Die Verhandlungen über das institutionelle Abkommen wurden fortgeführt. Im September fand die neunzehnte Verhandlungsrunde statt. Die noch offenen Fragen betreffen wichtige Punkte, einschliesslich der Streitbeilegung. Demzufolge wurde keine Botschaft verabschiedet.

► **Ein Grundsatzentscheid über die Erneuerung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU ist gefällt, und eine Botschaft ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat im November die Eckwerte für einen weiteren Beitrag der Schweiz an ausgewählte EU-Staaten festgelegt. Dieser Entscheid wurde unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts der Beziehungen Schweiz-EU getroffen. Der Bundesrat hat die verantwortlichen Departemente damit beauftragt, eine Vorlage zur Umsetzung dieses neuen, autonomen Beitrags für die Vernehmlassung vorzubereiten. Die Schwerpunktthemen sind die Berufsbildung und die Migration. Im Berichtsjahr wurde keine Botschaft verabschiedet. Aufgrund des Entscheids der EU vom 21. Dezember 2017, die Äquivalenz betreffend die Schweizer Börse nur befristet anzuerkennen, behält sich der Bundesrat allerdings vor, die Arbeiten an der Vernehmlassungsvorlage 2018 neu zu beurteilen.

► **Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU werden umgesetzt, aktualisiert und fallweise weiterentwickelt.***

Per 1. Januar 2017 traten die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien sowie die vollständige Assoziierung der Schweiz am EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020» in Kraft. Im Rahmen des Gemischten Ausschusses haben die Schweiz und die EU per 1. März 2017 die Referenzpreise gemäss Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens über bestimmte landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte angepasst. Ebenso hat die Schweiz durch einen Beschluss im Gemischten Ausschuss verschiedene Regelungen der EU zur Flug- und Luftsicherheit in den Anhang des Luftverkehrsabkommens übernommen. Am 28. April 2017 haben die Schweiz und die EU eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet, die eine intensivere Zusammenarbeit bei der humanitären Hilfe und beim Bevölkerungsschutz ermöglicht. Die Schweiz und die EU haben am 28. Juli 2017 sowie am 22. Dezember 2017 das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement; MRA) aktualisiert. Anlässlich des Besuchs des EU-Kommissionspräsidenten vom 23. November 2017 in Bern wurde ein Abkommen über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme unterzeichnet. Zudem wurde festgestellt, dass die Aufnahme von Verhandlungen über die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) und die Mitwirkung der Schweiz bei der Agentur für das europäische globale Satellitennavigationssystem (GSA) auf gutem Weg ist. Ebenso wurde festgestellt,

dass bei der Aktualisierung des Versicherungsabkommens eine Vereinbarung kurz bevorstehe. Am Vortag des Treffens wurde das Protokoll über den Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf die Eurodac-Datenbank paraphiert. Ein Briefwechsel über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA) wurde am 22. Dezember 2017 unterzeichnet.

- **Der Bundesrat berücksichtigt bei seinen Entscheiden die Entwicklung der Gespräche über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, namentlich um die Kontinuität der Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich sicherzustellen.***

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass für Entscheide. Im Hinblick auf eine lückenlose Fortführung der bisher im Rahmen der EU geregelten Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich haben 2017 in zahlreichen Themengebieten exploratorische Gespräche zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich stattgefunden. Das Thema war zudem regelmässig Gegenstand von Treffen mit Vertretern der EU.

- **Ein Grundsatzentscheid betreffend Aufnahme von Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen zur Beteiligung der Schweiz an den Friedensbemühungen der EU ist gefallen.***

Sondierungen mit der EU zur Form und zum Inhalt eines solchen Abkommens über die Beteiligung der Schweiz an friedensfördernden Mission der EU auf politischer und technischer Ebene wurden im Frühjahr 2017 lanciert. Auf Grund der laufenden Sondierungen wurde 2017 kein Grundsatzentscheid des Bundesrates getroffen.

- **Mit den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, insbesondere mit denjenigen der Nachbarstaaten, und mit den Behörden der Nachbarregionen fanden enge und regelmässige Kontakte statt.**

Bundespräsidentin Leuthard reiste im April nach Estland vor Beginn dessen EU-Präsidentschaft, im Mai nach Rom, im Juli nach Frankreich, wo sie Präsident Macron und Premierminister Philippe traf, und im November nach Bulgarien, welches im ersten Halbjahr 2018 die EU-Präsidentschaft einnimmt, sowie nach Lissabon zu einem Staatsbesuch. Die Bundespräsidentin hat auch Bundespräsident von Österreich Van der Bellen und Aussenminister Kurz im Februar 2017 in Bern getroffen.

- **Der Bericht über den heutigen Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (in Erfüllung des Postulats Aeschi 13.3151) und der Bericht über die wirtschaftlichen Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (in Erfüllung des Postulats der Sozialdemokratischen Fraktion 15.3896) sind verabschiedet.***

Die redaktionellen Arbeiten am Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate Aeschi (13.3151) und Grüne Fraktion (14.4080) wurden unter Einbezug der für diesen Bericht eingesetzten Begleitgruppe mit Vertretern aller eidgenössischen Departemente sowie Vertretern der Kantone fortgeführt. Wesentliche Entwicklungen des Gesamtkontextes der Beziehungen Schweiz-EU gegen Ende des Jahres wurden abgewartet, um sie angemessen in die Analyse aufnehmen zu können. Deswegen wurde dieser Bericht noch nicht verabschiedet. Die redaktionellen Arbeiten am Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Sozialdemokratische Fraktion (15.3896) sind abgeschlossen und eine Ämterkonsultation wurde im November durchgeführt. Wegen Bereinigungen zwischen den Departementen konnte der Bericht im 2017 nicht verabschiedet werden.

Ziel 2: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für Frieden und Sicherheit und liefert entscheidende Impulse für eine gerechte und dauerhafte internationale Ordnung

Überwiegend realisiert

Menschenrechte

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet den 3. nationalen Bericht der Schweiz im Rahmen des dritten Zyklus der allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) des Menschenrechtsrats.***

Der dritte Staatenbericht der Schweiz wurde am 28. Juni 2017 vom Bundesrat genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat schickt eine Vorlage zur gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution in die Vernehmlassung.***

Der Bundesrat hat die Grundlagen für die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution in der Schweiz geschaffen. Er hat die Vernehmlassung zu einem Gesetzesvorentwurf, der die Gewährung eines Bundesbeitrags an die zukünftige Institution vorsieht, am 28. Juni 2017 eröffnet.

- ▶ **Das EDA bringt im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe im Menschenrechtsrat eine Resolution zu den menschenrechtlichen Auswirkungen der Todesstrafe ein.**

Gemäss dem EDA-Aktionsplan zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe (2017–2020) gestaltet die Schweiz den internationalen Rahmen für ein Verbot der Todesstrafe mit. Im September verabschiedete der UNO-Menschenrechtsrat zum dritten Mal eine von der Schweiz gemeinsam mit anderen Staaten eingebrachte Resolution, welche die Todesstrafe als menschenrechtswidrig verurteilt.

- ▶ **Der Bericht «Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte» (in Erfüllung des Po. Recordon 15.3877) ist verabschiedet.***

Als notwendige Grundlage für den Bericht des Bundesrates wurde 2017 ein unabhängiger externer Bericht über den Handel mit Gold erstellt, das unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen abgebaut wird.

Friedensförderung

- ▶ **Die Schweiz festigt ihre Rolle und ihren Beitrag als kompetente und unparteiische Akteurin der Friedensförderung, namentlich in der Region der Grossen Seen (Afrika), in der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten.**

In der Ukraine hat die Schweiz in enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sitz in Wien zum Engagement von Expertinnen und Experten im Bereich Mediation und Konfliktbeilegung für den Friedensprozess der OSZE beigetragen. In der Region der Grossen Seen hat die Schweiz ihre Rolle als Akteurin des Dialogs und der Mediation auf nationaler und internationaler Ebene gefestigt. Im Nahen und Mittleren Osten hat die Schweiz beispielsweise in Libanon die Behörden in der Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Prävention von gewaltsamem Extremismus unterstützt und in Ägypten einen Dialog zwischen der Regierung, dem Parlament und der Zivilgesellschaft zum umstrittenen NGO-Gesetz vorangetrieben.

- **Das EDA organisiert im Rahmen der Friedensförderung in Syrien und zur Unterstützung des formellen Friedensprozesses der UNO verschiedene Fazilitations- und Mediationstreffen.**

Im Jahr 2017 hat die Schweiz 29 vertrauliche Treffen zwischen verschiedenen Konfliktparteien in Syrien organisiert, um eine gemeinsame Grundlage in verschiedenen Fragen zu finden. Dazu gehören namentlich die Reform des Sicherheitssektors, die Verfassungsreform, der nationale Dialog sowie das Verhältnis zwischen Terrorismusbekämpfung und Förderung der Menschenrechte.

- **Im Rahmen der Ukraine Krise sekundiert die Schweiz Experten an den Minsker Prozess der OSZE, an die OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine (SMM) sowie an die OSZE-Grenzbeobachtungsmission in Russland.**

Die Schweizer Verhandlungsexperten im Minsker Prozess haben u.a. zu Fortschritten im Bereich Gefangenenaustausch beigetragen. Schweizer haben führende Funktionen in der OSZE-Beobachtungsmission (Stv. Missionschef) und der OSZE-Grenzbeobachtermission (Missionschef) eingenommen.

- **Die Schweiz hat ihre Mediationsaktivitäten gestärkt und zur Schaffung eines MAS in Friedensmediation in der Schweiz beigetragen.**

Die Schweiz hat den Aufbau des MAS in Friedensmediation, welcher von der ETH ab November 2017 durchgeführt wird, stark mitgeprägt: nebst finanzieller Unterstützung zusammen mit Deutschland, Finnland und Schweden war die Schweiz an der Konzeptualisierung des Masterkurses beteiligt und bringt fortan ihr Fachwissen und ihre praktische Erfahrung via EDA-Experten in den Kurs ein. Durch die Teilnahme zweier EDA-Mitarbeitender am laufenden Lehrgang werden die Mediationskapazitäten des EDA weiter gestärkt.

- **Das EDA ergreift Massnahmen zur Umsetzung des Aussenpolitischen Aktionsplans der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus.**

Das EDA hat zahlreiche Aktivitäten zur Umsetzung des Aktionsplans durchgeführt – so zum Beispiel die Jahreskonferenz der Abteilung Menschliche Sicherheit zu diesem Thema im April 2017, an der nahezu 500 Personen teilnahmen. Das EDA hat seine Tätigkeit im Rahmen des «Global Counterterrorism Forum» fortgesetzt, die Erarbeitung von nationalen Aktionsplänen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus finanziell und mit seinem Knowhow unterstützt und die Umsetzung der Initiative der Regionalen Gespräche zur Prävention des gewalttätigen Extremismus in Afrika fortgesetzt. Insgesamt wurden mehr als fünfzig Projekte, insbesondere in Nordafrika, Subsahara-Afrika und im Nahen Osten, unterstützt.

- **Das EDA engagiert sich für die Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit und setzt im Rahmen der interdepartementalen Koordination die strategischen Prioritäten für 2017–2020.**

Der Schlussbericht zum 3. Nationalen Aktionsplan 1325 für die Jahre 2015 und 2016 wurde von der Interdepartementalen Arbeitsgruppe 1325 erstellt, vom Departementsvorsteher EDA genehmigt sowie dem Parlament (APK-N/S) zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er setzt thematische Schwerpunkte im Bereich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, dem Zugang zur Justiz für Betroffene von sexueller und genderspezifischer Gewalt und der Vergangenheitsarbeit. Der Entwicklungsprozess für den 4. NAP 1325 wurde lanciert.

- ▶ **Das EDA koordiniert die Ausarbeitung der interdepartementalen Strategie des Bundes 2017–2020 zur internationalen Bekämpfung des unerlaubten Handels mit und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen.**

Die Strategie wurde im Juni 2017 veröffentlicht. Sie wurde von fünf Departementen (EDA, VBS, WBF, EJPD, EFD) unter Federführung des EDA/AMS entwickelt.

Internationale Migrationspolitik

- ▶ **Die Schweiz setzt sich für die Stärkung der globalen Flüchtlings- und Migrationsaussenpolitik sowie gegen den Menschenhandel ein. In enger interdepartementaler Zusammenarbeit erarbeitet das EDA eine schweizerische Politik gegenüber Zwangsvertreibung.**

Die Schweiz setzte sich 2017 im UNO-Rahmen in einer zentralen Rolle für die Erarbeitung von zwei globalen Rahmenabkommen ein: Global Compact on Safe, Orderly, and Regular Migration (GCM) und Global Compact on Refugees (GCR); der Schweizer UNO-Botschafter fungiert als Co-Fazilitator des GCM. Des Weiteren hat die Kerngruppe Flucht und erzwungene Migration ein dreisäuliges Profil des Schweizer Engagements im Bereich der Zwangsvertreibungen erarbeitet: Prävention von Vertreibungen, Schutz der Vertriebenen, soziale und wirtschaftliche Eigenständigkeit der Betroffenen sowie der Gastgemeinschaften.

- ▶ **Eine neue Strategie des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten liegt vor.**

Eine externe Evaluation wurde 2017 durchgeführt. Diese bildet eine wichtige Voraussetzung, um eine Strategie zu entwickeln. Die entsprechenden Empfehlungen werden als Grundlage für die neue Strategie dienen.

Ziel 3: Fortsetzung und Anpassung des Engagements der Schweiz zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat setzt das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas auf den 1. Juni 2017 in Kraft.***

Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas wurde fristgerecht per 1. Juni 2017 in Kraft gesetzt.

- **Der Bundesrat beschliesst Kernbeiträge an multilaterale Organisationen für die Jahre 2017–2020, namentlich an das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie an die Agentur für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA). Er befindet auch über die Wiederauffüllung der konzessionellen Fenster der Weltbankgruppe (WBG), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB) sowie über Beiträge an die multilateralen Entschuldungsinitiativen der WBG und der AfDB. Der Bundesrat beschliesst zudem den Beitrag der Schweiz an das Sitzbudget des IKRK.***

Die Schweiz erneuerte 2017 ihre finanzielle Unterstützung an multilaterale Organisationen, namentlich an das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE) sowie an die Agentur für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA). Zudem hat sie entschieden, erneut Mittel für die Entwicklungsbanken zur Verfügung zu stellen und an der Wiederauffüllung der entsprechenden Fonds teilzunehmen, d.h. der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbankgruppe (WBG), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) sowie der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB). Ebenso hat die Schweiz Beiträge an die multilateralen Entschuldungsinitiativen der WBG und der AfDB gesprochen. Zudem hat der Bundesrat den Beitrag der Schweiz an das Sitzbudget des IKRK beschlossen.

- **Der Bundesrat setzt die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 mit den vom Parlament beschlossenen Schwerpunkten um.**

Die Schwerpunkte der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 bilden die entsprechenden strategischen Ziele der Schweiz ab, welche durch die erfolgten Kürzungen gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Budget allerdings angepasst werden mussten. Der Bundesrat hat Schritte eingeleitet, um die internationale Zusammenarbeit und die Migrationspolitik dort, wo es im Interesse der Schweiz ist, strategisch miteinander zu verknüpfen, indem Konflikt- und Migrationsursachen gleichzeitig bearbeitet werden.

- **Die Schweiz übernimmt die Präsidentschaft des Advisory Committees von UNRWA sowie der Donor Support Group von UNOCHA (ODSG).**

Von Juli 2016 bis Juli 2017 hat die Schweiz die Präsidentschaft des Advisory Committees von UNRWA sowie der Donor Support Group von UNOCHA (ODSG) übernommen.

- **Die neuen Kooperationsstrategien für die Länder Südsudan, Myanmar, Nepal und die Regionalstrategie Horn von Afrika sind verabschiedet.**

Die neuen Kooperationsstrategien für die Länder Südsudan und Nepal sowie die Regionalstrategie Horn von Afrika wurden verabschiedet. Die Laufzeit der Kooperationsstrategie Myanmar wurde um ein Jahr verlängert.

Ziel 4: Engagement für eine bessere globale Gouvernanz und Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Realisiert

- ▶ **Die in der Strategie zur Stärkung der Gaststaatspolitik enthaltenen Massnahmen (Entwicklung von Plattformen, Universalität der ständigen Missionen in Genf usw.) werden kontinuierlich umgesetzt und weiter entwickelt.**

Die Umsetzung der Strategie zur Stärkung der Schweizer Gaststaatspolitik wurde mit dem Abschluss von Darlehensverträgen über Beiträge des Bundes an Vorhaben zum Bau und/oder zur Renovation von sechs Sitzgebäuden von internationalen Organisationen fortgesetzt. Mit der Revision der Gaststaatsverordnung erhält das Personal mehrerer Organisationen eine Legitimationskarte des EDA. Das Leistungsangebot des CICG wurde erweitert, drei Kooperationsplattformen wurden errichtet, eine neue Fortbildung für hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Staaten, die noch nicht in Genf vertreten sind, wurde lanciert, die Aktivitäten des Think Tank Hub wurden gestärkt und rund zehn Kommunikationsprojekte und die Arbeit der Reflexionsgruppe «Genève+» wurden unterstützt. Darüber hinaus wurde die weitere Präsenz verschiedener IO in Genf sichergestellt, die eine Standortverlegung ernsthaft angestrebt oder in Betracht gezogen hatten. Neue Einheiten (ALIPH und IIM) wurden willkommen geheissen. Die Gouvernanz der Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen wurde durch neue Massnahmen gestärkt. Die Durchführung von internationalen Konferenzen und hochrangigen diplomatischen Treffen verlieh der Schweiz eine aussergewöhnliche Visibilität.

- ▶ **Die Schweiz führt ihre Initiativen hinsichtlich der Reform der UNO (UNO-Friedensarchitektur im Allgemeinen, Arbeitsweise des Sicherheitsrats, Modernisierung der Verwaltung der UNO) weiter.**

Die Schweiz führte ihr Engagement für mehr Konfliktprävention weiter, unter anderem, indem sie eine Gruppe von interessierten Staaten schuf, die konkrete Handlungsoptionen zur besseren Berücksichtigung der Menschenrechte in der Konfliktprävention erarbeitet. Betreffend Arbeitsweise des Sicherheitsrats führte sie die Koordination der Gruppe «Accountability, Coherence, Transparency» weiter. Im Bereich der Modernisierung der Verwaltung unterstützte die Schweiz den vom neuen UNO-Generalsekretär lancierten Reformprozess.

- ▶ **Als Vorsitzende der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) organisiert die Schweiz zwei Plenarsitzungen, eine in Genf und eine in Bern, und stärkt das Engagement der Organisation in den Bereichen Jugend, Bildung und soziale Medien.**

Anlässlich der Plenarsitzungen in Genf und in Bern hat die IHRA ihre erste Strategie verabschiedet und klare Prioritäten definiert. In der Schweiz und in Schweizer Auslandvertretungen wurden mehrere Jugend-, Bildungs- und Social-Media-Projekte durchgeführt.

Ziel 5: Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

Realisiert

- ▶ **Der vierte Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten wurde verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 den vierten Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten verabschiedet.

Ziel 6: Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

Realisiert

- ▶ **Die Schweiz unterstützt die Entwicklung von Empfehlungen für die Kommunikation gegen gewaltextremistische Narrative und den Umgang mit illegalen gewaltextremistischen Inhalten im Internet und in den sozialen Medien.**

Die Ministerkonferenz des Global Counterterrorism Forum (GCTF) hat die von der Schweiz zusammen mit Grossbritannien initiierten Zurich-London Recommendations on Preventing and Countering Violent Extremism and Terrorism Online im September 2017 verabschiedet.

Ziel 7: Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität

Realisiert

- ▶ **Die Schweiz organisiert 2017 eine internationale Konferenz zur Schaffung internationaler Standards für eine effiziente Rückführung gestohlener Gelder, deren Resultate sie an der Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Konvention gegen Korruption 2017 in Wien präsentiert.**

Im Rahmen der 10. Ausgabe des Lausanne Seminars wurde im März 2017 der Schritt-für-Schritt Leitfaden zur praktischen Anwendung der Richtlinien zur Rückführung von Potentatengeldern fertiggestellt. Eng involviert in die Entwicklung der Richtlinien und des Leitfadens waren das International Centre for Asset Recovery (ICAR) in Basel sowie die Stolen Asset Recovery Initiative (StAR) des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Weltbank. Gemeinsam mit diesen Partnern präsentierte die Schweiz den Leitfaden an der siebten Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Konvention gegen Korruption im November 2017 in Wien.

- ▶ **Die Schweiz setzt sich für die Stärkung der Einhaltung des Humanitären Völkerrechts ein, namentlich indem sie die Verhandlungen zur Schaffung eines Staatenforums für das Humanitäre Völkerrecht in Umsetzung des Mandats der 32. Internationalen Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond fördert.**

Die Schweiz organisierte mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zwei Staatentreffen, welche die Stossrichtung für die ausstehenden Arbeiten bis zur 33. Internationalen Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond festlegten. In diesem Rahmen hat sie Verhandlungen zur Schaffung eines Staatenforums gefördert.

- ▶ **Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Staaten bei der Terrorismusbekämpfung das Völkerrecht respektieren sowie humanitäre Organisationen weiterhin unparteiische humanitäre Hilfe und Schutz erbringen können.**

Die Schweiz sensibilisierte die internationale Gemeinschaft für den Respekt des Völkerrechts und für die Arbeit der humanitären Organisationen mittels Informations- und Diskussionsveranstaltungen, u.a. basierend auf von ihr unterstützten unabhängigen empirischen Studien (zu den Auswirkungen von Massnahmen der Terrorismusbekämpfung auf humanitäre Aktionen), und im Rahmen von Resolutionsverhandlungen in New York und Genf.

- ▶ **Die Schweiz trägt zu einem besseren Verständnis der Auswirkungen moderner Technologien auf die Einhaltung des Völkerrechts bei, namentlich der UNO-Charta, des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, und formuliert in den relevanten Foren Vorschläge zu deren völkerrechtlichen Einordnung.**

Die Schweiz formulierte in multilateralen Foren Vorschläge zur völkerrechtlichen Einordnung von modernen Technologien, beispielsweise in Bezug auf autonome Waffensysteme, welche breite staatliche Unterstützung erfuhren, sowie bezüglich der Anwendbarkeit des Völkerrechts im Cyber-Raum.

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2017.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 2. Juni 2017 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat nimmt den Bericht über die Umsetzung des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen zur Kenntnis.***

Der Tätigkeitsbericht 2015/16 zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen wurde am 26. April 2017 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Die Schweiz nimmt Einsitz im Exekutivrat der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) und tritt für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens ein.**

Die Schweiz ist seit Mai 2016 im Exekutivrat der OPCW vertreten. Im Lichte des wiederholten Chemiewaffeneinsatzes während des Syrien-Konflikts engagierte sich die Schweiz für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens, beispielsweise durch die technische und personelle Unterstützung von internationalen Untersuchungsmissionen und Initiativen im Bereich Wissenschaft und Technologie.

Ziel 8: Unterstützungsmassnahmen für Schweizer Staatsangehörige im Ausland

Realisiert

- ▶ **Die Weiterentwicklungen des 2016 eingeführten Online-Schalters für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer erlauben, dass der Daten- und Informationsaustausch zunehmend digital erfolgt.**

Mit dem per 01. Dezember 2017 umgesetzten Release wurden im Online-Schalter verschiedene Verbesserungen verwirklicht, welche die Kundenfreundlichkeit weiter erhöhen. Mittlerweile benutzen 11 000 Kunden diesen Schalter. Zudem wurde auf Bundesebene die Schnittstelle für die elektronische Anbindung der Einwohnerkontrollen per 01. Dezember 2017 umgesetzt.

Ziel 9: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung Dubai 2020 (Vereinigte Arabische Emirate).***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 17. Mai 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Schweiz präsentiert sich an der Weltausstellung Astana 2017 (Kasachstan) als innovatives und verantwortungsbewusstes Land im Energiebereich und bietet schweizerischen Unternehmen und Institutionen eine attraktive Plattform für einen Auftritt mit regionaler Ausstrahlung.**

Vom 10. Juni bis am 10. September 2017 war die Schweiz an der Weltausstellung in Astana (Kasachstan) präsent. Das Expo-Thema «Future Energy» ermöglichte es der Schweiz, sich in einer Region mit grossem Potenzial als innovatives, kompetentes und verantwortungsbewusstes Land im Energiebereich zu präsentieren.

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 5. Juli 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend Referenzpreissystem für patentabgelaufene Arzneimittel ist eröffnet.***

Aufgrund des Grundsatzurteils des Bundesgerichts vom 14. Dezember 2015 mussten die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und die Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) angepasst werden. Die neuen Bestimmungen sind per 1. März 2017 in Kraft getreten. Bereits 2016 sind die Arbeiten an der Vorlage zur Einführung eines Referenzpreissystems zurückgestellt worden. 2017 hat die Wiederaufnahme der Überprüfung der Aufnahmebedingungen alle drei Jahre unter Berücksichtigung der neuen rechtlichen Grundlagen der KVV alle personellen Ressourcen der zuständigen Organisationseinheit gebunden. Die Erarbeitung dieser Vorlage konnte daher noch nicht weiter an die Hand genommen werden.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu den Änderungen der Verordnungen im Nachgang zur ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes (Heilmittelverordnungspaket IV) ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zum revidierten Heilmittelgesetz am 21. Juni 2017 in die Vernehmlassung geschickt.

- ▶ **Der Bericht zu den theoretischen Grundlagen der Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz (SGS)» zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.4115) ist verabschiedet.***

Der Berichtsentwurf ist fertiggestellt. Die Verschiebung der Genehmigung durch den Bundesrat von einigen Monaten ergab sich aus dem Umstand, dass dieses Geschäft von der Entscheidung des Bundesrates zur Verlängerung des Nationalen Programms HIV und anderer sexuell übertragbaren Infektionen (NPHS) um vier Jahre (2018–2021) entkoppelt wurde. Damit sollte eine zu starke Vermischung der Themen vermieden werden.

- ▶ **Der Bundesrat setzt die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes und der entsprechenden Verordnungen, welche die Rahmenbedingungen für die Durchführung einer Präimplantationsdiagnostik definieren, auf den 1. September 2017 in Kraft.**

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen genehmigt und auf den 1. September 2017 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen des Bundesgesetzes über den Schutz vor Gefährdung durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) ist eröffnet.**

Die parlamentarischen Diskussionen über die Rechtsgrundlagen für den Erwerb eines Sachkundenachweises für die Verwendung von gefährlichen Produkten, die nichtionisierende Strahlung oder Schall aussenden, haben länger gedauert. Das Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) ist erst am 16. Juni 2017 vom Parlament verabschiedet worden. Die Vernehmlassungsvorlage zu den Ausführungserlassen konnte in der verbliebenen Zeit nicht mehr erarbeitet werden.

- ▶ **Die Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV), mit welchen die Regelungen zur Preisfestsetzung von Arzneimitteln (nach dem Urteil des Bundesgerichts vom 14. Dezember 2015) und zur Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall angepasst werden, sind verabschiedet.**

Mit Entscheid vom 1. Februar 2017 hat der Bundesrat die Änderung der KVV per 1. März 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Revision der Chemikalienverordnung, welche die internationale Entwicklung – insbesondere in der EU – bei der Regulierung von Chemikalien einbezieht, sowie die Revision der Verordnungen im Strahlenschutz, welche an die neuen internationalen Richtlinien und an den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik angepasst werden, sind verabschiedet.**

Die Revision der Chemikalienverordnung konnte der Bundesrat dieses Jahr nicht verabschieden. Im Rahmen der Vernehmlassung wurden Vorbehalte von Seiten der Industrie vorgebracht, deren Bereinigung zeitaufwendige Aussprachen erforderlich machten. Die revidierte Strahlenschutzverordnung hat der Bundesrat hingegen am 26. April 2017 verabschiedet und auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die Schweizer Ernährungsstrategie ist verabschiedet und der Massnahmenplan ist in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren erarbeitet.**

Das EDI hat am 12. Juni 2017 die Ernährungsstrategie 2017 bis 2024 verabschiedet. Der Massnahmenplan wurde vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren erarbeitet.

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung betreffend Governance in der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) ist verabschiedet.***

Das BAG hat im Mai 2017 eine umfassende Vernehmlassungsvorlage zur Verbesserung der Governance in der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) nach den Grundsätzen der best practice im Entwurf erstellt. Die weiteren Arbeiten sind in der Folge jedoch ausgesetzt worden, weil die EKAS im Verlaufe des Jahres 2017 in Befolgung der Empfehlungen der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) verschiedenste Massnahmen de lege lata selbst umgesetzt hat. Um den Umfang des verbleibenden gesetzlichen Revisionsbedarfes im Hinblick auf die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens festlegen zu können, haben die Beschlüsse der EKAS abgewartet werden müssen.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das Inkrafttreten des geänderten Transplantationsgesetzes und dessen Verordnungen entschieden.***

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 das revidierte Transplantationsgesetz und das Ausführungsrecht per 15. November 2017 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bericht betreffend die Steuerung des ambulanten Bereichs (in Erfüllung des Po. SGK-S 16.3000 und der Mo. SGK-N 16.3001) ist verabschiedet. Die Ergebnisse des Berichts fliessen in die Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des KVG betreffend die Steuerung des ambulanten Bereiches ein, welche im zweiten Quartal 2017 eröffnet wird.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 3. März 2017 verabschiedet. Auf Basis des Berichtes hat er vom 5. Juli bis 25. Oktober 2017 eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage bietet einen langfristigen Ersatz für das heutige System der Zulassungsbeschränkung, das am 30. Juni 2019 ausläuft.

- ▶ **Die Änderung der Verordnung über die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung ist verabschiedet.**

Mit Entscheid vom 18. Oktober 2017 hat der Bundesrat die Änderung der Verordnung über die Festlegung und die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung per 1. Januar 2018 verabschiedet.

- ▶ **Auf der Basis eines Expertenberichtes wird der Bundesrat entscheiden, welche weiteren Massnahmen von Tarifpartnern und/oder Behörden zur Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vorzusehen sind.**

Der Bundesrat hat am 25. Oktober 2017 den Bericht der Expertengruppe vom 24. August 2017 «Kostendämpfungsmassnahmen zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung» zur Kenntnis genommen. Er hat das EDI beauftragt, bis im Frühling 2018 Vorgehensvorschläge für die von der Expertengruppe vorgeschlagenen Massnahmen vorzulegen und die sich bereits in Umsetzung befindenden Massnahmen weiterzuführen.

- **Die Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) betreffend der Weiterentwicklung der Spitalplanungskriterien, der Ergänzung der Tarifgestaltungsgrundsätze sowie der Ermittlung der Anlagenutzungskosten sind verabschiedet.**

Die Arbeiten wurden im Jahr 2017 weitgehend abgeschlossen, müssen aber verwaltungsintern noch bereinigt werden.

- **Der Bericht zum System der Wahlfranchisen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (in Erfüllung des Po. 13.3250 Schmid-Federer) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 28. Juni 2017 verabschiedet.

Ziel 3: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Überwiegend realisiert

- **Der Bericht zu «Soziale Auswirkungen der festen Altersgrenze für Ausbildungszulagen» und «Ein Kind, eine Zulage» und «Familienzulagen für alle, auch für arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen» (in Erfüllung der Po. SGK-N 12.3973 und Maury Pasquier 14.3797 und der Mo. Seydoux-Christe 13.3650) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 in Erfüllung der Postulate SGK-N (12.3973) und Maury Pasquier (14.3797) den Bericht «Altersgrenze bei Ausbildungszulagen und Familienleistungen von internationalen Organisationen» verabschiedet. Betreffend der Motion Seydoux-Christe (13.3650) siehe nächsten Absatz.

- **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG) in Erfüllung der Motion Seydoux-Christe 13.3650 ist eröffnet.***

Die Vernehmlassung zum FamZG (in Erfüllung der Motion Seydoux-Christe 13.3650) wurde am 22. November 2017 durch den Bundesrat eröffnet.

- **Die Vernehmlassung zur bundesgesetzlichen Regulierung im Film- und Computerspielbereich ist eröffnet.***

Die Ausgestaltung der bundesgesetzlichen Ko-Regulierung im Film- und Computerspielbereich wurde festgelegt unter Einbezug der Begleitgruppe mit Vertretern der Film- und Computerspielbranche, der Kantone, der Konsumentinnen und Konsumenten und der betroffenen Bundesämter. Allerdings sind noch vertiefte Abklärungsarbeiten erforderlich.

- **Der dritte Familienbericht zur Situation der Familien in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Meier-Schatz 12.3144) sowie die Berichte «Die Jugendsession stärken» (in Erfüllung des Po. Reynard 13.4304), «Unterbrüche der Erwerbstätigkeit vor Geburtstermin» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 15.3793) und «Entwicklung der Zahl der Jugendlichen mit IV-Anlehre oder praktischer Ausbildung» (in Erfüllung des Po. Bulliard-Marbach 13.3626) sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 26. April 2017 in Erfüllung der Postulate Meier-Schatz (12.3144) und Fehr (01.3733) den «Familienbericht 2017» verabschiedet. Der Bundesrat hat am 24. Mai 2017 in Erfüllung des Postulats Reynard (13.4304) den Bericht «Die Jugendsession stärken» verabschiedet. Der Bundesrat hat am 5. Juli 2017 in Erfüllung des Postulats Bulliard-Marbach (13.3626) den Bericht «Entwicklung der Zahl der Jugendlichen mit IV-Anlehre oder praktischer Ausbildung» verabschiedet. Für den Bericht «Unterbrüche der Erwerbstätigkeit vor Geburtstermin» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 15.3793) musste vorgängig ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben werden, welches Ende 2017 abgeschlossen werden konnte.

- **Die vierte Evaluation des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung liegt vor.***

Die beiden Evaluationsberichte «Nachhaltigkeit der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung» und «Entspricht das bestehende Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung der Nachfrage?» wurden im Dezember 2017 vom BSV publiziert.

Ziel 4: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

Teilweise realisiert

- **Vorbereitung der Umsetzung der Reform «Altersvorsorge 2020».***

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2017 die Vernehmlassung zur Verordnung zur Reform der Altersvorsorge 2020 eröffnet. Aufgrund der Ablehnung der Reform in der Volksabstimmung vom 24. September 2017 tritt die Verordnung jedoch nicht in Kraft.

- **Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist verabschiedet.***

In der Vernehmlassung aufgekommene Punkte bedurften einer weiteren vertieften Abklärung und führten zu einer kurzen Verzögerung.

- **Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der ersten und zweiten Säule ist verabschiedet.***

Infolge der Ablehnung der Reform der Altersvorsorge 2020 in der Volksabstimmung vom 24. September 2017 mussten die Prioritäten der BSV-Gesetzgebungsprojekte neu definiert werden. Dadurch wurde die Verabschiedung der Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der ersten und zweiten Säule durch den Bundesrat auf das 4. Quartal 2018 verschoben. Das BSV wird bis dahin den Dialog mit den betroffenen Akteuren weiterverfolgen, um so die im Rahmen der vom 5. April bis zum 13. Juli 2017 durchgeführten Vernehmlassung eingebrachten Differenzen so weit wie möglich zu bereinigen.

- **Die Botschaft zur Weiterentwicklung der Invalidenversicherung ist verabschiedet.***

Die Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat erfolgte am 15. Februar 2017.

- **Die Berichte zu «Sozialhilfe: Transparenz schaffen in Bezug auf Kostenentwicklung sowie Beauftragung privater Firmen» und «Transparenz statt Polemik bei der Sozialhilfe» (in Erfüllung der Po. Bruderer Wyss 14.3915 und Sozialdemokratische Fraktion 14.3892) sowie der Bericht zu den rechtlichen Grundlagen der IV-Anlehre und praktischen Ausbildung (in Erfüllung des Po. Lohr 13.3615) sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 6. September 2017 den Bericht «Kostenentwicklung in der Sozialhilfe» in Erfüllung der Postulate Bruderer Wyss (14.3915) und Sozialdemokratische Fraktion (14.3892) verabschiedet. Der Bundesrat hat am 5. Juli 2017 den Bericht zu den rechtlichen Grundlagen der IV-Anlehre und praktischen Ausbildung in Erfüllung des Postulats Lohr (13.3615) verabschiedet.

Ziel 5: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Beziehungen

Teilweise realisiert

- **Die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am «Creative Europe»-Programm 2014–2020 ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Gespräche zur Teilnahme der Schweiz am Programm «Creative Europe» wurden 2017 weitergeführt. Es verbleiben nach wie vor offene Punkte, unter anderem die Bedingungen für eine vorläufige Anwendung des Abkommens, insbesondere im Zusammenhang mit der Angleichung des Schweizer Rechts an die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste sowie die eventuelle Unterstellung des Abkommens unter ein institutionelles Rahmenabkommen. Die Botschaft konnte daher nicht verabschiedet werden.

- **In Zusammenarbeit mit den Kantonen wird 2017 eine Strategie für einen intensivierten Sprachaustausch in der obligatorischen Schule innerhalb der Schweiz ausgearbeitet.**

Um der Förderung von Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene neue Impulse zu verleihen, hat der Bund (SBFI, BAK, BSV) zusammen mit den Kantonen (EDK) am 24. März 2016 die Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität SFAM gegründet. Die Stiftung nahm ihren Betrieb am 1. Januar 2017 auf. Ende Oktober 2017 haben Bund und Kantone eine gemeinsame Strategie zu Austausch und Mobilität genehmigt.

- **Die Förderung des Italienischen ausserhalb des italienischen Sprachgebiets soll gestärkt werden. 2017 werden die Förderbereiche und Förderkriterien festgelegt und es erfolgt eine erste Ausschreibung von Projektbeiträgen.**

Im 2017 konnten die Förderbereiche und Förderkriterien festgelegt und eine erste Ausschreibung für Projektbeiträge konnte 2017 durchgeführt werden. Bis Ende Oktober 2017 wurden vierzehn Gesuche zu folgenden Förderbereichen eingereicht: Entwicklung von Lehrmitteln auf Italienisch; Kultur- und Sensibilisierungsprojekte; Programme für einen zweisprachigen Maturitätsabschluss mit Italienisch.

- ▶ **Der Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 15.3114) ist verabschiedet.***

Das Postulat Fehr Jacqueline (15.3114) beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Schweizer Game-Industrie zu erstellen. Aufgrund umfangreicher Abklärungen konnte der Bericht im 2017 nicht fertiggestellt werden.

Ziel 6: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

Realisiert

- ▶ **Das Dienstleistungszentrum für Kantone und Gemeinden zur Unterstützung der Durchführung von Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungs- und/oder Subventionswesen nimmt seine Arbeit auf.**

Seit 2017 bietet das EBG im Rahmen des Dienstleistungszentrums den Kantonen und Gemeinden u.a. die folgenden Leistungen an: Unterstützung bei der Ein- und Durchführung von Kontrollen durch Checklisten und Handbücher; Aufbau eines Expertenpools und Vermittlung von Fachpersonen; administrative Entlastung von Behörden und Unternehmen durch eine gegenseitige Anerkennung von erfolgreich abgeschlossenen Kontrollen; Weiterbildungsangebote für Fachpersonen aus der öffentlichen Verwaltung.

- ▶ **Die Resultate der vertieften Analyse der Schlichtungs- und Gerichtsfälle nach Gleichstellungsgesetz aus den Jahren 2004–2015 liegen im ersten Halbjahr 2017 vor.**

Der Forschungsbericht zur Analyse der kantonalen Schlichtungs- und Gerichtsfälle wurde am 14. Juni 2017 publiziert.

- ▶ **Der Bericht «Bekämpfung von Stalking in der Schweiz verbessern» (in Erfüllung des Po. Feri 14.4204) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 11. Oktober 2017 verabschiedet. Gleichentags wurde auch der Forschungsbericht zu Massnahmen zur Bekämpfung von Stalking publiziert.

Ziel 7: Sicherstellung und Weiterentwicklung der Statistikproduktion

Realisiert

- ▶ **Der Bericht «Bürokratieabbau. Weniger Aufwand bei der Erfassung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen» (in Erfüllung des Po. Cassis 15.3463) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 8. Dezember 2017 gutgeheissen.

- ▶ **Der Evaluationsbericht über die Volkszählung 2010 in Erfüllung des Bundesgesetzes über die eidgenössische Volkszählung ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 1. Dezember 2017 verabschiedet.

- ▶ **Im Rahmen des Ausbaus der Datengrundlagen (Gesundheit 2020) werden bis Ende Dezember 2017 die Ergebnisse aus dem Bereich Patientendaten Spital ambulant bereitgestellt und die Ersterhebung im Bereich Arztpraxen und ambulante Zentren abgeschlossen (Projekt MARS).**

Die Ergebnisse aus der Erhebung von Patientendaten des spitalambulanten Bereichs wurden am 27. November 2017 veröffentlicht. Die Ersterhebung von Strukturdaten der Arztpraxen und ambulanten Zentren wurde am 30. Juni 2017 erfolgreich beendet.

Ziel 8: Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

Realisiert

- ▶ **Die Konzeption für den Online-Zugang zum Archivgut des Bundes und für die zugehörige Digitalisierungsinfrastruktur ist abgeschlossen.**

Die Konzeption des Online-Zugangs zum Archivgut des Bundes und für die zugehörige Digitalisierungsinfrastruktur wurde Ende 2017 abgeschlossen.

- ▶ **Mindestens fünf zusätzliche Behörden von zwei föderalen Ebenen haben ihre Daten auf dem OGD-Portal opendata.swiss veröffentlicht.**

Auf opendata.swiss sind mit 45 Behörden 20 mehr vertreten als Ende 2016. Dazu gehören z.B. die EFV, die Stadt Basel oder der Kanton Thurgau.

Ziel 9: Optimierung der Rahmenbedingungen für meteorologische und klimatologische Dienstleistungen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bericht «Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen» (in Erfüllung des Po. Vogler 14.3694) ist verabschiedet.***

Der Bericht «Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen» (in Erfüllung des Po. Vogler 14.3694) wurde vom Bundesrat am 22. November 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die revidierte Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie ist verabschiedet.**

Die Revision musste aufgrund von Verzögerungen wegen Unklarheiten im Zusammenhang mit Open Government Data (OGD) um ca. ein Jahr verschoben werden.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderungen des Ausländergesetzes (AuG) (Verfahrensnormen und Informationssysteme) verabschiedet.***

Nach der Auswertung des Vernehmlassungsverfahrens wurden zusätzliche Abklärungen erforderlich, welche die Verabschiedung der Botschaft verzögert haben.

- ▶ **Die Umsetzungsarbeiten für die Beschleunigung der Asylverfahren (Erarbeitung Verordnungen sowie Sachplan Asyl) sind im Gang.***

Die Arbeiten zur Umsetzung des revidierten Asylgesetzes wurden 2017 in Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städte- und Gemeindeverband weiter vorangetrieben. Der Bundesrat hat am 30. August 2017 die Vernehmlassung zur Änderung der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV 1), der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2), der Asylverordnung 3 über die Bearbeitung von Personendaten (AsylV 3) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL) eröffnet. Sie dauerte bis am 30. November 2017. Der Bundesrat hat am 25. Oktober 2017 die Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich verabschiedet und entschieden, diese per 1. Januar 2018 in Kraft zu setzen. Der Sachplan Asyl wurde vom Bundesrat am 20. Dezember 2017 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum Abschluss des Bundesprogramms Zwangsheiraten zur Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 25. Oktober 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Massnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mit dem Ziel, von Mitte 2015 bis Mitte 2018 verteilt 3000 Personen aufzunehmen, werden plangemäss umgesetzt. Der Entscheid des Bundesrates für die allfällige Aufnahme und Integration weiterer Flüchtlingsgruppen nach Ausschöpfung des bewilligten Kontingentes liegt vor.**

Im Rahmen der vom Bundesrat 2015 bewilligten humanitären Aktion wurden bis Ende 2017 1475 Personen via europäisches Umverteilungsprogramm (Relocation), 999 Personen via Neuansiedlung (Resettlement) und 490 Personen via humanitäres Visum für Familienangehörige aufgenommen. Der Entscheid von 2015 ist damit plangemäss umgesetzt. Im Dezember 2016 hat der Bundesrat eine weitere humanitäre Aktion für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem syrischen Krisengebiet bewilligt. Im Rahmen dieses Programms wurden bis Ende 2017 590 Personen neuangesiedelt (Resettlement).

- ▶ **Die Struktur der «Internationalen Migrationszusammenarbeit (IMZ)» ist evaluiert und bei Bedarf angepasst.**

Die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen EJPD und EDA wurde am 6. April 2017 unterzeichnet. Die Umsetzung der neuen Struktur erfolgte im Lauf des Jahres 2017 durch regelmässige Sitzungen von IMZ Vorsitz und IMZ Ausschuss unter angepasster Leitung und durch die Ernennung des neuen Botschafters für Entwicklung, Flucht und Migration und die Aufteilung der Dossiers des Sonderbotschafters Migration auf EDA und SEM.

- ▶ **Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine konsequente Durchsetzung von Schengen/Dublin und für einen solidarischen Schlüssel zur innereuropäischen Verteilung von schutzbedürftigen Personen eingesetzt.**

Die Schweiz hat sich sowohl politisch als auch operativ zur Bewältigung der Flüchtlingskrise engagiert. Wichtigste Elemente waren Entsendungen von Experten via das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in die Hotspots, die politische Unterstützung für eine Reform des Dublin-Systems auf Basis eines Verteilschlüssels, die Projektunterstützung in Griechenland und nordafrikanischen Staaten und die Durchführung des dritten Treffens der Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer am 13. November 2017 in Bern sowie die Aufnahme von Asylsuchenden im Rahmen des europäischen Umverteilungsprogramms (Relocation) und von Flüchtlingen im Rahmen einer dauerhaften Neuansiedlung (Resettlement).

- ▶ **Massnahmen zur Stärkung der Aufsicht des Bundes über den kantonalen Vollzug im Hinblick auf die Verringerung der Vollzugsunterschiede sowie zur Vorbeugung allfälliger Missbräuche beim Freizügigkeitsabkommen (FZA) sind eingeleitet.**

Der Bundesrat hat am 23. November 2016 beschlossen, den Geschäftsprüfungskommissionen mitzuteilen, dass die notwendigen Ressourcen für neue operative Tätigkeiten des Bundes wegen der Spar- und Kürzungsmassnahmen des Parlaments nicht vorhanden sind. Der Grossteil der Massnahmen konnte daher im Ergebnis nicht umgesetzt werden. Massnahmen im Hinblick auf die Verringerung der Vollzugsunterschiede sowie zur Vorbeugung allfälliger Missbräuche beim Freizügigkeitsabkommen (FZA) wurden 2017 durchgeführt.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bericht «Prüfung der Aufbewahrungspflichten für DNA-Profile» (in Erfüllung des Po. Kommission für Rechtsfragen NR 16.3003) ist verabschiedet.**

Der Bericht konnte nicht im Berichtsjahr vom Bundesrat verabschiedet werden. Es wurde entschieden, ihn mit der dasselbe Bundesgesetz betreffenden Vorlage in Erfüllung der Motion Vitali (15.4150), «Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger» zu kombinieren.

- ▶ **Der Bericht «Besserer strafrechtlicher Schutz der Staatsangestellten vor Gewalt» (in Erfüllung des Po. Kommission für Rechtsfragen NR 13.4011) ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 1. Dezember 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu einem Entwurf der Gesetzesgrundlagen betreffend eine Reglementierung der Vorläuferstoffe zu Explosivstoffen ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 8. Dezember 2017 eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu einer Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) (Terrorismusbekämpfung) ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) am 8. Dezember 2017 eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung über die Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens vom 16. Mai 2005 des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit Zusatzprotokoll vom 22. Oktober 2015 und die Überprüfung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 21. Juni 2017 eröffnet. Sie dauerte bis am 20. Oktober 2017.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 11. Oktober 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision der Strafprozessordnung ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 1. Dezember 2017 eröffnet.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Abkommen betreffend die Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) und den Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sind unterzeichnet.**

Die Verhandlungen zu Prüm und zum Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac konnten abgeschlossen werden. Aufgrund Verzögerungen seitens EU bei den Verhandlungen war eine Unterzeichnung beider Abkommen bis Ende 2017 nicht möglich.

- ▶ **Die Regierungsvereinbarung mit Kenia ist vom Bundesrat genehmigt.**

Der Bundesrat hat die Regierungsvereinbarung im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen am 3. März 2017 genehmigt.

- ▶ **Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Übereinkommen Nr. 94 und Nr. 100 des Europarates über die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 30. August 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarates über einen integralen Sicherheits-, Gefahrenabwehr- und Dienstleistungsansatz für Fussballspiele und andere Sportveranstaltungen (SEV 218) ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 28. Juni 2017 eröffnet. Sie dauerte bis am 20. Oktober 2017.

- ▶ **Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.**

Die EU hat der Schweiz 2017 insgesamt fünfzehn Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert. Weiterentwicklungen des Dublin-Besitzstands sind keine zu verzeichnen. Die Notifikation der entsprechenden Beschlüsse an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. Vierzehn der fünfzehn Schengen-Weiterentwicklungen hatten Bagatelldarstellung, so dass deren Übernahme vom Bundesrat bzw. vom sachzuständigen Departement selbständig beschlossen werden konnte; in drei dieser vierzehn Fälle war eine rechtliche Umsetzung erforderlich. Die entsprechenden Änderungen der Verordnung über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) bzw. der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) sind am 28. März, 7. April bzw. 7. Juni 2017 in Kraft getreten. Lediglich für die Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie bedarf es der Zustimmung des Parlaments, weshalb der Bundesrat den entsprechenden Notenaustausch unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat. Das entsprechende Verfahren ist auf Kurs: Die Vernehmlassung wurde am 29. September 2017 eröffnet.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Zivilgesetzbuches (Erbrecht) verabschiedet.***

Die Ausarbeitung der Bestimmungen zur Unternehmensnachfolge hat mehr Zeit beansprucht als vorgesehen. Die Botschaft konnte daher nicht im Berichtsjahr vom Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bericht zur Evaluation verschiedener Fragen rund um das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Erste Erfahrungen mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht» am 29. März 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Zusatzbotschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz) ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Die neuen Gesetzesbestimmungen und die Zusatzbotschaft sollen vor ihrer Verabschiedung durch den Bundesrat noch den Sozialpartnern vorgelegt werden. Dadurch verzögerte sich die Verabschiedung der Zusatzbotschaft.

- ▶ **Der Bericht mit einer Analyse der rechtlichen und praktischen Probleme der alternierenden Obhut und Evaluation von Lösungsvorschlägen (in Erfüllung des Po. Kommission für Rechtsfragen NR 15.3003) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 8. Dezember 2017 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht über Verbesserungen der zivilstandlichen Behandlung von Fehlgeburten (in Erfüllung des Po. Streiff-Feller 14.4183) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 3. März 2017 verabschiedet.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 6. September 2017 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) zur Kenntnis genommen und das EJPD beauftragt, die Botschaft auszuarbeiten.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 5. Juli 2017 verabschiedet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision der Zivilprozessordnung ist eröffnet.**
Die Arbeiten haben mehr Zeit in Anspruch genommen, weil mit der Vorlage auch weitere parlamentarische Vorstösse umgesetzt werden sollen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer gesetzlichen Grundlage für die Errichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution eröffnet.***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 28. Juni 2017 eröffnet. Sie dauerte bis am 30. Oktober 2017.
- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIRG) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.**
Die Botschaft liegt zwar vor, konnte aber vom Bundesrat wegen zu vieler, für das Ende des Berichtsjahrs noch anstehender Geschäfte nicht mehr im Berichtsjahr verabschiedet werden.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einem Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.***
Der Bundesrat hat am 15. November 2017 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über den Erlass und die Änderung von Erlassen über den Datenschutz verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz am 15. September 2017 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Modernisierung des Urheberrechts verabschiedet.***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 22. November 2017 verabschiedet.

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GlG) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 5. Juli 2017 verabschiedet.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee (WEA) sowie Projekte/Vorhaben Bereich Verteidigung

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die für den Start der Umsetzung der WEA notwendigen Verordnungen sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Verordnungsrevisionen, welche die Vorgaben des neuen Militärgesetzes für die «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) präzisieren, am 22. November 2017 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat über den Programmteil des Sachplans Militär 2017 (SPM 2017) und die Hauptstandorte der Armee entschieden.***

Der Bundesrat hat den Programmteil des Sachplans Militär 2017 am 8. Dezember 2017 beschlossen.

- ▶ **Das Bereitschaftssystem für die Miliz mit hoher Bereitschaft ist vorbereitet; der Start der Kaderschulen gemäss neuem Ausbildungsmodell ist sichergestellt; die neuen Verwaltungsstrukturen sind bereit.**

Das Bereitschaftssystem ist vorbereitet; der Start der Kaderschulen gemäss neuem Ausbildungsmodell ist sichergestellt und die Verwaltungsstrukturen sind bereit.

- ▶ **Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA): Der Baustart des Rechenzentrums CAMPUS ist erfolgt. Im Bereich der Telekommunikation der Armee sind Truppentauglichkeitsversuche für den taktischen Funk der neuen Generation erfolgt. Der Abschluss der Etappe 1 der Härtung des Führungsnetzes Schweiz Backbone ist erfolgt.**

Der Baustart des Rechenzentrums CAMPUS ist im Juni 2017 erfolgt. Die Truppentauglichkeitsversuche und die technische Erprobung im Bereich der Telekommunikation der Armee sind abgeschlossen. Die baulichen Massnahmen im Rahmen der Etappe 1 der Härtung des Führungsnetzes Schweiz Backbone sind bis auf zwei Standorte abgeschlossen.

- ▶ **Die Ausdehnung der Bereitschaftszeit des Luftpolizeidienstes auf 08:00–18:00 täglich, inklusive Wochenenden und Feiertage, ist sichergestellt.**

Die ausgedehnte Bereitschaftszeit ist seit Januar 2017 sichergestellt.

- ▶ **Prozesse und Methodik zur Soll/Ist-Überprüfung des Leistungsprofils der Armee sind definiert und umsetzungsbereit.**

Methodik und Prozesse zur Soll/Ist-Überprüfung des Leistungsprofils im Rahmen des Bereitschaftscontrollings der Armee sind in Erarbeitung, jedoch noch nicht umsetzungsbereit.

Ziel 2: Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Umsetzung der revidierten Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) ist gewährleistet. Die Verbesserung des Beschaffungscontrollings im VBS ist sichergestellt. Die Informatiksysteme sind bis Ende 2017 entsprechend eingestellt.**

Die Umsetzung der revidierten Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) ist im VBS gewährleistet. Das Beschaffungscontrolling des VBS ist in enger Abstimmung mit dem Beschaffungscontrolling Bund etabliert. Die Anpassung der Informatiksysteme ist im Rahmen des Bundesprojekts «Nachachtung Org-VöB» unter der Leitung des BBL geplant.

- ▶ **Die Umsetzungsplanung des Stationierungskonzepts der Armee und dadurch der Reduktion des Immobilienkern- bzw. Dispositionsbestandes liegt vor.**

Die Umsetzungsplanung des Stationierungskonzepts der Armee liegt vor und die Umsetzung wird durch die Task Force Immobilien VBS gesteuert.

Ziel 3: Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

Realisiert

- ▶ **Das Detailkonzept der Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) ist mit den Partnern von Bund, Kantonen und Dritten konsolidiert und von der Politischen Plattform SVS verabschiedet.**

Das Detailkonzept wurde mit den Partnern von Bund, Kantonen und Dritten konsolidiert und am 14. November 2017 von der Politischen Plattform SVS verabschiedet.

Ziel 4: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) und die Botschaft zu Händen des Parlaments sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 die Vernehmlassungsvorlage für die Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) verabschiedet. Die Botschaft konnte 2017 nicht mehr durch den Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Die Revision der Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen ist verabschiedet.***

Die Revision der Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen (neu Einsatzverordnung Bundesstab Bevölkerungsschutz) erfuhr eine leichte zeitliche Verzögerung im Rahmen der Ämterkonsultation und konnte im 2017 nicht mehr durch den Bundesrat verabschiedet werden.

► **Die revidierte Alarmierungsverordnung ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 eine Änderung der Alarmierungsverordnung verabschiedet. Damit wird der erforderliche Werterhalt des Sicherheitsfunknetzes Polycom rechtlich geregelt. Die Änderung trat am 1. März 2017 in Kraft.

► **Die Gesamtnotfallübung 2017 (GNU 17) ist durchgeführt und ausgewertet.**

Die Gesamtnotfallübung 2017 (GNU 17) wurde vom 26. bis 28. September 2017 durchgeführt und ist ausgewertet.

► **Der Technologiewechsel für die nationalen Komponenten des Sicherheitsfunksystems Polycom 2030 ist in Umsetzung und die Planung des Ersatzes von Basisstationen ist erstellt.**

Der Technologiewechsel für die nationalen Komponenten ist in Umsetzung und die Planung der Migration bei den Basisstationen ist erstellt.

► **Über das weitere Vorgehen zum Sicheren Datenverbundnetz (SDVN) mit Polydata ist entschieden.**

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 eine Auslegeordnung zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme im Bevölkerungsschutz zur Kenntnis genommen, über das Vorgehen zur Weiterentwicklung der benötigten Systeme entschieden und das VBS beauftragt, eine Botschaft für die Realisierung des SDVN mit Polydata und Vulpus-Ablösung vorzubereiten.

► **Der Bericht zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme für den Bevölkerungsschutz (in Erfüllung des Po. Glanzmann 15.3759) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht mit der Auslegeordnung zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme im Bevölkerungsschutz am 1. Dezember 2017 verabschiedet.

Ziel 5: Nachrichtendienstgesetz

Realisiert

► **Die notwendigen Arbeiten sind soweit abgeschlossen, dass das Nachrichtendienstgesetz und die entsprechenden Verordnungen per 1. September 2017 in Kraft gesetzt werden können.**

Das Nachrichtendienstgesetz und die entsprechenden Verordnungen konnten planmässig per 1. September 2017 in Kraft gesetzt werden.

Ziel 6: Sportförderung und Anpassung von Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

Teilweise realisiert

► **Der Aktionsplan mit Leistungs- und Breitensportkonzept sowie Immobilienkonzept zur Umsetzung der Sportförderung des Bundes ist gemäss den Beschlüssen des Bundesrates umgesetzt.**

Die Umsetzung des Aktionsplans mit Leistungs- und Breitensportkonzept sowie Immobilienkonzept zur Umsetzung der Sportförderung des Bundes erfolgte gemäss den Beschlüssen des Bundesrats planmässig.

- **Der Botschaftsentwurf zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats über die Manipulation von Sportwettbewerben liegt, vorausgesetzt die vorgängige Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Geldspiele durch das Parlament, vor.**

Aufgrund der Referendumsfrist zum Geldspielgesetz (Ablauf im Januar 2018) konnte der Botschaftsentwurf dem Bundesrat nicht mehr im 2017 vorgelegt werden.

Ziel 7: Landesvermessung

Teilweise realisiert

- **Das topografische Landschaftsmodell (TLM) und die digitalen kartografischen Modelle (DKM) sind aufgebaut.**

Die Arbeiten zum Aufbau des topografischen Landschaftsmodells und der digitalen kartografischen Modelle sind auf Kurs.

- **Die Weiterentwicklung der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI) und des dazugehörigen Geoportals (map.geo.admin.ch) ist sichergestellt.**

Der Betrieb der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI) mit dem Geodatenportal verläuft planmässig, die Anzahl Nutzer steigt stetig an.

Finanzdepartement

Ziel 1: **Der Bund hält seinen Haushalt im Gleichgewicht und garantiert effiziente staatliche Leistungen**

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat – mit Blick auf die strukturellen Defizite im Finanzplan 2018–2020 – Massnahmen verabschiedet, welche die Einhaltung der Schuldenbremse gewährleisten sollen. Im Anschluss daran hat er das Vorgehen für strukturelle Reformen diskutiert.***

Der Voranschlag 2018, den der Bundesrat am 23. August 2017 zuhanden des Parlaments verabschiedet hat, hält die Vorgaben der Schuldenbremse ein. Die vom Bundesrat ergriffenen Sparmassnahmen sind in der Botschaft zum Voranschlag 2018 beschrieben. Der Bundesrat hat im März 2017 das Vorgehen für die Erarbeitung struktureller Reformen erörtert und am 8. November 2017 eine erste Diskussion über mögliche Massnahmen geführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu DaziT (Gesamterneuerung und Modernisierung der Geschäftsprozesse und der IKT der Eidg. Zollverwaltung) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 15. Februar 2017 verabschiedet.

- ▶ **Der Wirksamkeitsbericht 2016–2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen ist bereit für die verwaltungsinterne Konsultation.**

Der Bericht liegt vor und ist bereit für die verwaltungsinterne Konsultation.

- ▶ **Der Bericht über die Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (in Erfüllung der Mo. FK-N 13.3363) ist bereit für die verwaltungsinterne Konsultation.**

Der Bericht liegt zwar vor, aber die Haltung der Kantone konnte noch nicht integriert werden, da diese erst 2018 bekannt sein wird.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Evaluation von (Gross-)Projekten» (in Erfüllung des Po. GPK-S 14.4012) gutgeheissen.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Evaluation von (Gross-)Projekten» am 25. Oktober 2017 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Evaluation von Hermes 5» (in Erfüllung des Po. GPK-S 14.4011) gutgeheissen.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Evaluation von HERMES 5» am 25. Oktober 2017 gutgeheissen.

- ▶ **Anpassung des Zahlungsverkehrs des Bundes an einheitliche europäische Standards: Das Konzept des Teilprojekts «Formate ISO 20022» liegt vor.**

Das Konzept liegt vor und ist per 31. Dezember 2017 bereits umgesetzt.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat – unter der Voraussetzung, dass die Unternehmenssteuerreform III in der Referendumsabstimmung angenommen worden ist – eine neue Verordnung zur USR III verabschiedet.***

Die Verabschiedung einer entsprechenden Verordnung hat sich erübrigt, da die Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar 2017 vom Volk abgelehnt worden ist.

- ▶ **Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Ergebnis der Vernehmlassung zur Revision des Versicherungsvertragsgesetzes und – sofern die Vorlage breit unterstützt wird – die Botschaft verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes durchgeführt und – sofern die Vorlage breit unterstützt wird – die Botschaft verabschiedet.***

Zahlreiche für die Branche wichtige Einzelfragen haben grösseren Abklärungsaufwand verursacht. Zudem sollen Regeln für Versicherungen nach dem Willen des Parlaments aus der FIDLEG/FINIG-Vorlage (Finanzdienstleistungsgesetz und Finanzinstitutsgesetz) herausgebrochen werden. Es ist sachgerecht, diese ebenfalls in die Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufzunehmen. Die Vernehmlassung zum VAG konnte noch nicht eröffnet werden, da die Schlussabstimmung des Parlaments zur FIDLEG/FINIG-Vorlage Ende 2017 noch nicht vorlag.

- ▶ **In Sachen Ehepaarbesteuerung hat der Bundesrat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 9. Juni 2017 eine Diskussion über die steuerpolitische Reformagenda geführt und dabei die Eckwerte der Steuervorlage 17 (SV17) verabschiedet. Gleichzeitig hat er entschieden, dass ihm die Reform zur Ehepaar- und Familienbesteuerung im Frühjahr 2018 – zusammen mit der Botschaft zur SV17 – unterbreitet werden soll. Zu diesem Zeitpunkt will er über eine mögliche Etappierung der Vorlagen entscheiden.

- ▶ **Nach der Volksabstimmung zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» (oder zu einem entsprechenden Gegenentwurf) hat der Bundesrat frühestens Ende 2017 – auf Basis des Berichts einer Expertenkommission – über das weitere Vorgehen betreffend Verrechnungssteuerreform entschieden.***

Da die Beratungen zur Volksinitiative in den Eidgenössischen Räten noch nicht abgeschlossen sind und deshalb die Volksabstimmung 2017 nicht erfolgt ist, konnte der Bundesrat nicht über das weitere Vorgehen betreffend Verrechnungssteuerreform entscheiden.

- ▶ **Unter der Voraussetzung, dass mit den USA ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen werden kann, hat der Bundesrat die Vernehmlassung durchgeführt und die Botschaft zur Umsetzung eines FATCA-Abkommens nach dem Modell 1 mit den USA verabschiedet.***

Ein FATCA-Abkommen nach dem Modell 1 konnte nicht abgeschlossen werden, da seitens der USA die notwendigen Rahmenbedingungen (Deblockierung des im US-Parlament hängigen neuen Doppelbesteuerungsabkommens, Verzögerungen bei der Einsetzung der neuen Administration, Lösung bei der Frage der Gruppenersuchen) nicht gegeben waren.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine Sammelbotschaft bzw. Botschaften zu voraussichtlich einem Dutzend Länder verabschiedet zur bilateralen Aktivierung des AIA-Standards auf Grundlage des MCAA (Multilateral Competent Authority Agreement).***

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2017 eine Botschaft über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit 41 Partnerstaaten ab 2018/19 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Evaluation der Schweizer Bestimmungen für systemrelevante Banken («Too big to fail», TBTF) verabschiedet und allfällige Folgeaufträge erteilt, um das TBTF-Risiko weiter zu senken.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 28. Juni 2017 verabschiedet und das EFD beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage bezüglich Gone-concern-Kapitalanforderungen für inlandorientierte systemrelevante Banken auszuarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt und das weitere Vorgehen festgelegt zur Reform des Schweizer Einlagensicherungssystems.***

Die Erarbeitung von Regeln für die Auszahlung der Kundeneinlagen im Krisenfall ist aufwändiger als erwartet. Zudem sollen die Insolvenzbestimmungen für Banken nach dem Willen des Parlaments aus der FIDLEG/FINIG-Vorlage (Finanzdienstleistungsgesetz und Finanzinstitutsgesetz) herausgebrochen werden. Die Schlussabstimmung des Parlaments zur FIDLEG/FINIG-Vorlage lag Ende 2017 noch nicht vor. Es ist sachgerecht, die Bestimmungen zu Einlagensicherung und Insolvenz gemeinsam in die Vernehmlassung zu schicken, sobald der Parlamentsentscheid vorliegt.

- ▶ **Die Äquivalenzverfahren mit der EU betreffend MiFIR (Markets in Financial Instruments Regulation) und EMIR (European Market Infrastructure Regulation) sind begonnen, dasjenige zu AIFMD (Alternative Investment Fund Managers Directive) ist abgeschlossen.**

In Bezug auf MiFIR Art. 23 besteht eine auf ein Jahr befristete Äquivalenzanerkennung (Anerkennung der Schweizer Handelsplätze). Bezüglich Art. 46 hat die EU noch keine Gespräche mit der Schweiz aufgenommen. Betreffend EMIR (Anerkennung Derivatregulierung) wurden die Gespräche aufgenommen, konnten aber noch nicht abgeschlossen werden. Bezüglich AIFMD ist der Entscheid auf Seite EU-Kommission hängig.

- ▶ **Die Schweiz hat an der Erarbeitung des «BEPS-Umsetzungsrahmenwerks» der OECD zur Beurteilung der Umsetzung der BEPS-Massnahmen aktiv mitgearbeitet und die nötigen Prozesse sind lanciert.**

Die Schweiz ist Mitglied des Steuerorgans des BEPS-Rahmenwerks (Inclusive Framework on BEPS), hat aktiv Einfluss bei der Festlegung der Kriterien zur Überprüfung der Mindeststandards genommen und die für die Beantwortung der entsprechenden Fragebogen erforderlichen Inputs in Zusammenarbeit mit anderen Behörden beschafft. Die nötigen Prozesse sind lanciert.

- ▶ **Auf Basis des 4. Evaluationsberichts der GAFI hat der Bundesrat die Ergebnisse des Berichts, die Empfehlungen und den Handlungsbedarf analysiert und über entsprechende Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung entschieden.***

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 auf Basis des 4. Länderberichts der FATF (GAFI) die Stossrichtung für die Folgearbeiten festgelegt und das EFD beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

- ▶ **Die Koordinationsgruppe zur Geldwäschereibekämpfung (und drei ihrer Arbeitsgruppen) hat Risikoanalysen erstellt und den Bundesrat darüber informiert.**

Der Bericht «Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiken mittels Non-Profit-Organisationen» wurde am 28. Juni 2017 dem Bundesrat vorgelegt und publiziert. Der Bericht «Übersicht über den Zugang zu den Grundbuchdaten» wurde am 31. Oktober 2017 publiziert. In Erarbeitung befinden sich des Weiteren ein Bericht über die Bargeldverwendung in der Schweiz sowie Analysen zu den Geldwäschereivortaten Betrug und Korruption. Der Bundesrat ist anlässlich der jährlichen Informationsnotiz zum Mandat der Koordinationsgruppe im Dezember 2017 über die genannten Berichte informiert worden.

- ▶ **Der Bundesrat hat mindestens drei neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) bzw. drei Änderungsprotokolle zu bestehenden DBA unterzeichnet.**

Der Bundesrat hat vier DBA bzw. Änderungsprotokolle zu den DBA unterzeichnet (Pakistan, Kosovo, Ecuador und Sambia).

- ▶ **Die Verständigungsverfahren nach den Doppelbesteuerungsabkommen werden unter Beachtung der Vorgaben des dafür zuständigen internationalen Gremiums geführt. Die nötigen Prozesse sind definiert und implementiert.**

Die Verständigungsverfahren werden vorgabengemäss geführt. Die Prozesse für die Führung der Verständigungsverfahren wurden an die Vorgaben der OECD bzw. des FTA MAP Forum (FTA: Forum on Tax Administration; MAP: Mutual Agreement Procedure) angepasst, definiert und implementiert. Der unter der Ägide des FTA MAP Forums erfolgte Peer Review der Schweiz hat keine wesentlichen Defizite zu Tage gefördert.

- ▶ **Das Konzept zur Promotion des Finanzplatzes wird umgesetzt. Bis Ende 2017 haben 1–2 konkrete Promotionsprojekte im Ausland stattgefunden.**

Mit der Asienreise des Departementsvorstehers im April 2017 und der aktiven Teilnahme am Fintech-Festival in Singapur im November 2017 konnten zwei Promotionsprojekte im Ausland durchgeführt werden.

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat eine Bewilligungsform für neue Finanztechnologien erarbeitet, von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und die entsprechende Botschaft verabschiedet.***

Der Bundesrat hat vom 1. Februar bis 8. Mai 2017 eine Vernehmlassung zu Änderungen des Bankengesetzes und der Bankenverordnung im Bereich Fintech durchgeführt. Am 5. Juli 2017 hat er vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und entschieden, hinsichtlich einer neuen Bewilligungsform auf die Ausarbeitung einer Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes zu verzichten, weil das Anliegen bereits vom Parlament in der FIDLEG-FINIG-Vorlage vollumfänglich aufgenommen worden ist und dort schneller umgesetzt werden kann. Die anderen Anpassungen wurden gleichentags mit der Änderung der Bankenverordnung gutgeheissen und auf den 1. August 2018 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Wirksamkeitsüberprüfung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.***

Der Bundesrat hat am 26. April 2017 von der Wirksamkeitsüberprüfung Kenntnis genommen und entschieden, dass eine Nachfolgestrategie der NCS für die Jahre 2018–2022 sowie ein Umsetzungsplan ausgearbeitet werden sollen.

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des Internationalen Währungsfonds um weitere fünf Jahre bis 2022 entschieden.***

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 über die Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) bis 2022 entschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat Vereinbarungen mit ausgewählten Partnerländern zu den Marktzugangsbedingungen im Auslandgeschäft bzw. zur Aufsichtszusammenarbeit abgeschlossen. Die bestehenden Memoranda (mit Österreich und Grossbritannien) zur Aufsichtszusammenarbeit werden im AIA-Kontext weitergeführt.***

Mit Israel konnten im Rahmen einer Vereinbarung konkrete Verbesserungen des Marktzuganges angegangen werden; die Vereinbarung mit Österreich konnte ebenfalls erhalten werden. Mit Frankreich und Italien konnten die Gespräche weitergeführt werden. Mit Grossbritannien konnten in den Gesprächen zu Finanzfragen im Rahmen der «Mind the Gap»-Strategie des Bundesrates Fortschritte erzielt werden.

- ▶ **Auf Basis des Berichts des Global Forum (on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes) zur Phase 2 des Peer Review-Prozesses hat der Bundesrat die Konsequenzen und den Handlungsbedarf analysiert und über entsprechende Massnahmen entschieden.***

Der Bundesrat hat am 30. August 2017 auf Basis des Berichts die Konsequenzen und den Handlungsbedarf diskutiert und die Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage in Auftrag gegeben.

- ▶ **Der Austausch mit den EU-Institutionen betreffend Regulierung und Marktzutritt im Bereich Finanzdienstleistungen wurde intensiviert: Ein Regulierungsdialog und technische Treffen haben stattgefunden.**

Der Regulierungs- und Finanzdialog mit der EU hat am 19. Oktober 2017 in Bern stattgefunden. Technische Gespräche haben das Jahr über stattgefunden.

- ▶ **Die Schweiz hat an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Deutschlands teilgenommen. Sie hat aktiv auf eine erneute Teilnahme 2018 hingearbeitet.**

Die Schweiz hat an den Finanzministertreffen der G20 sowie an den weiteren Treffen und Arbeitsgruppen im Rahmen des G20-Finance Track unter deutschem Vorsitz aktiv teilgenommen und wurde zur Teilnahme am Finance Track unter argentinischem Vorsitz 2018 eingeladen.

Ziel 5: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotential wird besser ausgeschöpft

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) und des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) zur Abziehbarkeit der Kinderdrittbetreuungskosten eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 5. April bis 12. Juli 2017 durchgeführt.

Ziel 6: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt und gegebenenfalls die Botschaft zur Einführung einer elektronischen Vignette (E-Vignette) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 21. Juni bis 13. Oktober 2017 durchgeführt. Die bis zum Jahresende zur Verfügung stehende Zeit reichte nicht aus, um dem Bundesrat die Botschaft 2017 vorzulegen.

Ziel 7: Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Sprachkenntnisse der Mitarbeitenden in der Bundesverwaltung sind evaluiert und die Datenerfassung ist abgeschlossen.**

In sämtlichen Departementen und bei der BK hat die Erfassung der Sprachkompetenzen vor dem 31. Dezember 2017 begonnen. Die Departemente haben jedoch eine Erstreckung der Datenerfassung zur Selbstevaluation der Sprachkenntnisse durch die Mitarbeitenden bis am 31. Januar 2018 verlangt. Aufgrund einer internen Reorganisation ist der Abschluss der Datenerfassung im Bereich Verteidigung wie geplant für Juni 2018 vorgesehen.

- ▶ **Die Evaluation der Mehrsprachigkeitspolitik ist strukturiert, die Prioritäten sind definiert und die Voranalyse ist abgeschlossen.**

Die Evaluation ist strukturiert und vereinfacht worden, die Prioritäten wurden definiert und die Voranalyse realisiert.

Ziel 8: Weiterentwicklung der IKT des Bundes

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Masterplan 2017 zur Umsetzung der IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 genehmigt.**

Der Bundesrat hat den Masterplan 2017 am 26. April 2017 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die IKT-Sourcing-Strategie des Bundes verabschiedet.**

Die IKT-Sourcing-Strategie wurde 2017 noch nicht verabschiedet, weil der Bundesrat am 26. April 2017 – mit dem Masterplan 2017 – den Verabschiedungstermin für die Strategie auf das erste Quartal 2018 festgelegt hat, da die Erarbeitung zusammen mit den Departementen mehr Zeit erforderte als ursprünglich geplant. Inhaltlich lag die Strategie per Ende 2017 vor.

- ▶ **Betreffend Programm APS2020 (nächste Generation der Arbeitsplatzsysteme) ist die Konzeption für die neuen Arbeitsplatzsysteme (APS) und für die Harmonisierung der Produktionsplattformen abgeschlossen und der Bundesrat hat die Freigabe der Etappe 2 beschlossen. Der Start des Rollouts der neuen APS ist im 4. Quartal 2017 erfolgt.**

Die Konzeption für die neuen Arbeitsplatzsysteme ist abgeschlossen und der Bundesrat hat die Etappe 2 des Verpflichtungskredits am 15. Februar 2017 freigegeben. Der Start des Rollouts ist wie geplant im vierten Quartal 2017 erfolgt. Noch nicht realisiert wurde einzig die Konzeption für die Harmonisierung der Produktionsplattformen, weil die hochkomplexe Themenstellung umfangreichere Abklärungen und Analysen erforderte.

- ▶ **Das Programm UCC (Unified Communication and Collaboration) ist, nach erfolgter Einführung im VBS und in der EZV, abgeschlossen.**

Die Einführung von UCC und Ablösung der analogen Telefonie ist bundesweit und unter Einhaltung des Projektbudgets abgeschlossen. Das Ziel der Ablösung aller alten Telefonieanlagen wurde bis auf einige Anlagen des VBS erreicht. Diese wurden aus Synergiegründen einem VBS-Projekt zum kompletten Ersatz auch der Speziallösungen übergeben, was über den Gegenstand des Programms UCC hinausgeht. Die dazu notwendigen Projektfinanzen UCC wurden ebenfalls dem VBS übertragen.

- ▶ **Künftige Supportprozessplattformen der Bundesverwaltung: Die Strategie «Enterprise Resource Planning-IKT 2023» liegt im Entwurf vor.**

Der Entwurf der Strategie «Enterprise Resource Planning-IKT 2023» liegt vor und wurde dem Projektsteuerungsausschuss unterbreitet.

- ▶ **Ablösung verschiedener Rechenzentrumsstandorte der zivilen Bundesverwaltung und Migration der Informatikinfrastruktur und -systeme in das Rechenzentrum «Campus» in Frauenfeld: Für die Migration liegt die Kostenschätzung vor, die Umsetzungsplanung ist vom Projektausschuss genehmigt und der Verpflichtungskredit wurde dem Parlament unterbreitet.**

Die Kostenschätzung liegt seit Januar 2017 vor. Am 22. Februar 2017 hat der Bundesrat die Botschaft zum Verpflichtungskredit verabschiedet. Die Genehmigung der Umsetzungsplanung durch den Projektausschuss konnte vor Ende 2017 noch nicht erfolgen. Gründe für die Verzögerung um einige Monate sind die Einstufung der beiden Migrationsprojekte von BIT und ISC-EJPD als IKT-Schlüsselprojekte, wodurch weitergehende Anforderungen zu erfüllen sind, sowie zusätzlich durchgeführte Tests, die zu neuen Erkenntnissen geführt haben und einen noch ausstehenden Variantenentscheid erfordern.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Entwurf einer Teilrevision des Gesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB) am 5. April 2017 eröffnet.

- ▶ **Der Bericht über den Staat als Konkurrent der Wirtschaft (in Erfüllung des Po. Schilliger 15.3880) ist verabschiedet.***

Der Bericht «Staat und Wettbewerb-Auswirkungen staatlich beherrschter Unternehmen auf die Wettbewerbsmärkte» in Erfüllung der Postulate FDP-Liberale Fraktion (12.4172) vom 13. Dezember 2012 sowie Schilliger (15.3880) vom 22. September 2015 wurde vom Bundesrat am 8. Dezember 2017 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Einführung einer Meldepflicht anstelle einer Bewilligungspflicht für das Inverkehrbringen von Lebensmitteln nach dem Cassis-de-Dijon-Prinzip verabschiedet.***

Die Botschaft konnte im Jahr 2017 nicht verabschiedet werden, da die Vorarbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als ursprünglich geplant. Der Bundesrat hat jedoch am 8. Dezember 2017 die Vernehmlassung eröffnet.

- ▶ **Die Botschaft zur Umsetzung des WTO-Beschlusses zum Exportwettbewerb ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 die Botschaft zur Aufhebung der Ausfuhrbeiträge für verarbeitete Landwirtschaftsprodukte verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 15. Februar 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 15. Februar 2017 verabschiedet.

- ▶ **Das Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2018–2021 ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 das landwirtschaftliche Verordnungspaket verabschiedet. Damit werden insbesondere neue Ressourceneffizienzprogramme eingeführt, die Biodiversitätsbeiträge angepasst, die Absatzförderungsbeiträge zielgerichteter eingesetzt und weitere administrative Vereinfachungen umgesetzt.

- ▶ **Die Berichte über Massnahmen gegen eine Deindustrialisierung in der Lebensmittelbranche (in Erfüllung des Po. Baumann 15.3928), über die administrative Vereinfachung in der Landwirtschaft (in Erfüllung des Po. Keller-Sutter 14.4046) und über Perspektiven im Milchmarkt (in Erfüllung des Po. WAK-N 15.3380) sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats Baumann (15.3928) am 30. August 2017, den Bericht in Erfüllung des Postulats Keller-Sutter (14.4046) im Rahmen der Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik am 1. November 2017 und den Bericht in Erfüllung des Postulats WAK-N (15.3380) am 5. April 2017 verabschiedet.

Ziel 2: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018 bis 2020 ist verabschiedet, sofern keine Assoziierung an «Erasmus+» im bereits 2013 genehmigten Budgetrahmen möglich ist.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. April 2017 verabschiedet.

- ▶ **Das weitere Vorgehen betreffend der Schweizer Beteiligung an den Rahmenprogrammen der EU in den Bereichen Forschung und Innovation sowie der internationalen Vernetzung der Schweizer Forschung und Innovation bis 2020 ist entschieden.***

Der Bundesrat konnte aufgrund des Entscheids des Parlaments zur Umsetzung von Art. 121a Bundesverfassung, am 16. Dezember 2016 das Erweiterungsprotokoll der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ratifizieren. Damit wurde die Schweiz ab 1. Januar 2017 vollständig an die achte Programmgeneration der EU-Forschungsrahmenprogramme (Horizon 2020-Paket) assoziiert.

- ▶ **Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der neuen Weltspitzenforschungsorganisation im Bereich der Astroteilchenphysik, Cherenkov Telescope Array (CTA), ist verabschiedet.***

Für die Beteiligung der Schweiz am Bau des CTA wurde ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 8 Millionen Franken für die Jahre 2017–2020 bewilligt. Diese Beteiligung soll im Rahmen einer internationalen Vereinbarung konkretisiert werden. Bei deren Erarbeitung wurden 2017 zwar Fortschritte erzielt, die Vereinbarung konnte aber noch nicht zum Abschluss gebracht werden, was sich auch verzögernd auf die Botschaft ausgewirkt hat.

- ▶ **Der Entscheid zu den organisatorischen Massnahmen betreffend Aufbau-phase «Innosuisse», den Vollzugserlassen und den strategischen Zielen 2018–2020 ist getroffen.***

Die erforderlichen Rechtserlasse auf Verordnungsstufe wurden vom Bundesrat am 15. November 2017 genehmigt, und die strategischen Ziele wurden ebenfalls vom Bundesrat am 8. Dezember 2017 verabschiedet.

- ▶ **Die Grundlagen betreffend Eigner-Politik für die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung («Innosuisse») sind entwickelt.**

Für die operative Umsetzung eines Eignerkonzepts zur strategischen Steuerung und Aufsicht der Innosuisse wurden Umsetzungsvarianten erarbeitet und vom Departementsvorsteher WBF genehmigt.

- ▶ **Der Bericht «Gesamtschau der Innovationspolitik» (in Erfüllung des Po. Derder 13.3073) ist verabschiedet.***

Der Bericht konnte im Jahr 2017 nicht verabschiedet werden, da verschiedene Abklärungen mehr Zeit in Anspruch nahmen als ursprünglich vorgesehen.

- ▶ **Die Statuten des Verbundes der Akademien der Wissenschaften Schweiz (Abschluss Reorganisation bzw. Zusammenführung der vier Akademien in einem Verbund) sind genehmigt.**

Die Statuten konnten im Jahr 2017 nicht genehmigt werden, da zunächst verschiedene materielle Änderungen durch die zuständigen Organe im Akademienbereich umgesetzt werden müssen.

- ▶ **Der Entscheid über einen allfälligen Beitrag an ein Kompetenzzentrum und -netzwerk «Methodenförderung 3R» (Tierversuche vermindern, verbessern, vermeiden – reduce, refine, replace) ist getroffen.**

Der Entscheid wurde am 30. November 2017 vom Departementsvorsteher WBF getroffen. Damit wird das Kompetenzzentrum mit einem Beitrag von insgesamt 2,9 Millionen Franken in den Jahren 2018 bis 2020 unterstützt.

- ▶ **Die Prioritätenordnung für die Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge nach dem Hochschulförderungs- und koordinationsgesetz in der Periode 2017–2020 ist in Kraft gesetzt.**

Die Prioritätenordnung 2017–2020 ist vom Departementsvorsteher WBF per 1. Juni 2017 in Kraft gesetzt worden.

- ▶ **Die erstmalig gemäss Hochschulförderungs- und koordinationsgesetz berechneten Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen sind durch den Departementsvorsteher verfügt.**

Die Grundbeiträge wurden vom Departementsvorsteher WBF am 6. November 2017 verfügt.

- ▶ **Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bildungsraum Schweiz ist in Kraft gesetzt.**

Das Bundesgesetz ist am 1. Februar 2017 in Kraft getreten.

- ▶ **Die Änderungen zum Berufsbildungsgesetz und zur Berufsbildungsverordnung betreffend die Finanzierung vorbereitender Kurse auf eidgenössische Prüfungen sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 15. September 2017 die vom Parlament am 16. Dezember 2016 verabschiedete Änderung des Berufsbildungsgesetzes auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt sowie die notwendigen Anpassungen der Berufsbildungsverordnung gutgeheissen und diese ebenfalls auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die Revision der Verordnung des WBF über die Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61) ist verabschiedet.**

Die Anpassungen der Verordnung wurden vom Departementsvorsteher WBF auf den 1. November 2017 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die Revision der Berufsmaturitätsverordnung (SR 412.103.1) ist verabschiedet.**

Die im Rahmen des Projektes «Stärkung der Berufsmaturität» verbundpartnerschaftlich definierten Eckwerte zur Flexibilisierung der schulischen Umsetzung des lehrbegleitenden Berufsmaturitäts-Unterrichtes können im Rahmen der aktuellen eidgenössischen Berufsmaturitätsverordnung (Art. 32) umgesetzt werden, sodass auf eine Revision der Berufsmaturitätsverordnung verzichtet werden konnte.

- ▶ **Der Bericht über verlässliche Entscheidungsgrundlage für die Arzneimitteltherapie (in Erfüllung des Po. SGK-N 14.4007) ist verabschiedet.***

Der Bericht wurde am 8. Dezember 2017 vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann

Realisiert

- ▶ **Der Bericht «Automatisierung. Risiken und Chancen» (in Erfüllung des Po. Reynard 15.3854) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken» in Erfüllung der Postulate Reynard (15.3854) vom 16. September 2015 sowie Derder (17.3222) vom 17. März 2017 am 8. November 2017 verabschiedet.

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Freihandelspolitik wurde durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gestärkt.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung des Freihandelsabkommens (FHA) mit den Philippinen am 11. Januar 2017 im Rahmen des Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik 2016 verabschiedet. Die Botschaft zum FHA mit Georgien hat er am 15. Februar 2017 genehmigt. Bei den 2016 mit Ecuador aufgenommenen Verhandlungen für ein FHA wurden bedeutende Fortschritte erzielt. Sie stehen kurz vor dem Abschluss. Die Verhandlungen mit Indien wurden fortgesetzt. Im November 2017 fand die 13. Verhandlungsrunde mit Indonesien statt. Damit die Verhandlungen zum Abschluss gebracht werden können, müssen sich die Positionen aber noch stärker annähern. Die Schweiz und die anderen EFTA-Staaten haben auch mit Malaysia und Vietnam weiterverhandelt. Mit beiden Ländern wurden gewisse Fortschritte erzielt. Ausserdem haben die EFTA-Staaten im Juni 2017 mit dem Mercosur Verhandlungen für ein FHA aufgenommen. In den bisherigen zwei Verhandlungs-

runden wurden in den meisten Bereichen bereits beachtliche Fortschritte erreicht. Es wurde aber auch klar, dass die Frage des Marktzugangs für Landwirtschaftsprodukte ein zentrales Thema sein wird. Die EFTA-Staaten und die Türkei haben im November 2017 ihre grundsätzliche Einigung über die Modernisierung und Erweiterung des FHA von 1992 bekannt gegeben. Die Verhandlungen zur Revision des mit Mexiko bestehenden FHA sind ihrerseits gut vorangekommen. Mexiko knüpft die Fortsetzung der Gespräche jedoch an die Bedingung, dass sich die Positionen beim Marktzugang für Landwirtschaftsprodukte deutlich annähern müssen. Die im Berichtsjahr geplanten Verhandlungen zur Aktualisierung des FHA mit der SACU (Südafrikanische Zollunion) wurden auf Anfang 2018 verschoben. Was den exploratorischen Prozess mit Kanada für eine mögliche Weiterentwicklung des bestehenden Abkommens anbelangt, müssen die Gespräche in gewissen Bereichen (namentlich beim Handel mit Landwirtschaftsprodukten) noch vertieft werden. Ausserdem stehen die Schweiz und ihre EFTA-Partner auch weiterhin im Rahmen des handelspolitischen Dialogs in Kontakt mit den USA.

- ▶ **Die Verhandlungen zum plurilateralen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) wurden abgeschlossen, das Abkommen allenfalls unterzeichnet und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.***

Im Jahr 2017 haben keine Verhandlungen stattgefunden, weil der Prozess durch die Teilnehmer im Dezember 2016 auf unbestimmte Zeit sistiert wurde.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die 11. WTO-Ministerkonferenz verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 22. September 2017 den Entwurf eines Verhandlungsmandats für die 11. ordentliche WTO-Ministerkonferenz verabschiedet. Die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) und die Kantone wurden konsultiert, genauso wie die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N), die ebenfalls Stellung nehmen wollte. Der Bundesrat hat das Ergebnis dieser Konsultationen zur Kenntnis genommen und das definitive Verhandlungsmandat am 1. Dezember 2017 genehmigt.

- ▶ **Die Verhandlungen über ein mögliches Kooperationsabkommen im Wettbewerbsbereich mit Deutschland und gegebenenfalls weiteren Nachbarstaaten wurden aufgenommen.***

Die exploratorischen Gespräche über ein mögliches Kooperationsabkommen mit Deutschland nahmen mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich angenommen. Das Verhandlungsmandat wurde vom Departementsvorsteher WBF im November 2017 genehmigt, sodass die Verhandlungen im Jahr 2018 aufgenommen werden können.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Inkraftsetzung der WTO-Verpflichtungsliste LIX Schweiz-Liechtenstein zur Umsetzung der Erweiterung des plurilateralen Abkommens über den Handel mit Informationstechnologien (ITA) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 11. Januar 2017 die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen der Liste LIX-Schweiz-Liechtenstein im Rahmen der Umsetzung der Konzessionen aus der Ministererklärung vom 16. Dezember 2015 über die Ausdehnung des Handels mit Informationstechnologiegütern (ITA II) verabschiedet. Diese Änderungen wurden ab dem 1. Januar 2017 provisorisch angewendet. Die eidgenössischen Räte haben sie am 17. März 2017 bewilligt. Zum Ablauf der Referendumsfrist am 6. Juli 2017 traten sie schliesslich definitiv in Kraft und wurden am 13. November 2017 bei der WTO offiziell zertifiziert.

Ziel 5: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

Realisiert

- ▶ **Verschiedene Massnahmen wurden ergriffen zur Gewährleistung des guten Funktionierens des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972, des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von 1999, des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen von 2004 (revidiertes Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens von 1972) sowie des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen von 1999 und des Wettbewerbskooperationsabkommens von 2013.***

Die jährlichen Treffen der Gemischten Ausschüsse des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU (27. November 2017), des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (16. November 2017) und des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (31. Mai 2017) haben plangemäss stattgefunden. Die Gemischten Ausschüsse haben unter anderem die Referenzpreise für den Preisausgleich beim Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen aktualisiert bzw. die Liste der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geographische Angaben von landwirtschaftlichen Produkten erweitert. Unter dem Wettbewerbskooperationsabkommen Schweiz-EU haben zwischen der WEKO und der EU-Kommission regelmässige Kontakte stattgefunden.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte, Schutzausrüstungen, Seilbahnen, Gasgeräte) aktualisiert und neue Verordnungen über persönliche Schutzausrüstungen und Gasgeräte erarbeitet.**

Das Abkommen wurde am 28. Juli 2017 und am 22. Dezember 2017 in mehreren Bereichen aktualisiert (Druckgeräte, Funkanlagen und Telekommunikationsendgeräte, Geräte und Schutzsysteme zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen, elektrische Geräte und deren elektromagnetische Verträglichkeit, Messgeräte, Aufzüge, Explosivstoffe für zivile Zwecke, Medizinprodukte sowie Inspektion der guten Herstellungspraxis für Arzneimittel und Zertifizierung der Chargen). Die Verordnungen über persönliche Schutzausrüstungen und über Gasgeräte wurden am 25. Oktober 2017 vom Bundesrat gutgeheissen.

- ▶ **Der Dialog mit dem Vereinigten Königreich zum Aufrechterhalten der Wirtschaftsbeziehungen im Lichte der Entwicklungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurde intensiviert.***

Im Jahr 2017 haben mehrere Treffen stattgefunden, und es konnte ein umfassender Dialog im Handelsbereich etabliert werden.

- ▶ **Der Grundsatzentscheid zum Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU (EB II) ist getroffen.***

Der Bundesrat hat am 15. November 2017 die Eckwerte für einen weiteren Beitrag der Schweiz an ausgewählte EU-Staaten festgelegt. Dieser Entscheid wurde unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts der Beziehungen Schweiz-EU getroffen. Der Bundesrat hat die verantwortlichen Departemente (EDA, WBF und EJPD) damit beauftragt, eine Vorlage zur Umsetzung dieses neuen, autonomen Beitrags in der Höhe von 1,302 Milliarden Franken für die Vernehmlassung vorzubereiten. Die Schwerpunktthemen sind die Berufsbildung und die Migration.

Ziel 6:

Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

Realisiert

- ▶ **Das erneuerte Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas ist in Kraft gesetzt und die entsprechende Verordnung verabschiedet.***

Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas wurde fristgerecht per 1. Juni 2017 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat Kernbeiträge an multilaterale Organisationen für die Jahre 2017–2020 beschlossen, namentlich an das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie an die Agentur für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA). Er hat auch über die Wiederauffüllung der konzessionellen Fenster der Weltbankgruppe (WBG), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB) befunden sowie über Beiträge an die multilateralen Entschuldungsinitiativen der WBG und der AfDB.***

Die Schweiz erneuerte dieses Jahr ihre finanzielle Unterstützung an multilaterale Organisationen, namentlich an das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE) sowie an die Agentur für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA). Zudem hat sie entschieden, erneut Mittel für die Entwicklungsbanken zur Verfügung zu stellen und an der Wiederauffüllung der entsprechenden Fonds teilzunehmen, d.h. der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank, dem Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) sowie dem Asiatischen Entwicklungsfonds (AsDF). Ebenso hat die Schweiz Beiträge an die multilateralen Entschuldungsinitiativen der WBG und der AfDB gesprochen.

- ▶ **Die Schweiz, welche in ihrer Stimmrechtsgruppe die Rolle des Alternate Executive Director innehat, hat sich aktiv in die Tätigkeiten der neuen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) eingebracht.**

Die AIIB ist weiterhin institutionell im Aufbau begriffen. Im Jahr 2017 wurden 15 Projekte im Wert von 2,5 Milliarden US Dollar gutgeheissen sowie eine Energie- und eine Privatsektorstrategie verabschiedet. Einen Meilenstein bildete die Anerkennung der AIIB mit der Bestnote AAA durch alle grossen internationalen Ratingagenturen. Die Schweiz hat sich stark für die Einhaltung internationaler Standards und den Fokus auf Aktivitäten in Asien eingesetzt. Schweizer Firmen und Individuen wurden aktiv über Kooperations- und Arbeitsmöglichkeiten mit der Bank informiert.

- ▶ **Der Bericht über Massnahmen und Aktionen zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene (in Erfüllung des Po. WBK-N 15.3010) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 25. Januar 2017 verabschiedet.

Ziel 7: Überprüfung der Wohnungspolitik an veränderte Rahmenbedingungen

Realisiert

- ▶ **Der rechtliche und institutionelle Handlungsbedarf aufgrund veränderter Marktverhältnisse und des wohnungspolitischen Dialogs ist geklärt und allfällige Massnahmen sind eingeleitet.**

Der am 11. Januar 2017 vom Bundesrat zur Kenntnis genommene Bericht zum wohnungspolitischen Dialog ergab keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Hingegen hat der Bundesrat am 15. November 2017 den Bericht «Die Regulierung in der Beherbergungswirtschaft» zur Kenntnis genommen und einen Revisionsbedarf im Zusammenhang mit der Untervermietung über Online-Plattformen festgestellt sowie das WBF beauftragt, dazu eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

Ziel 8: Optimierung des Vollzugs des Zivildienstes

Realisiert

- ▶ **Die Revision der Zivildienstverordnung ist durch den Bundesrat gutgeheissen und wird per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.**

Der Bundesrat hat am 15. November 2017 die Revision der Zivildienstverordnung gutgeheissen und per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz verfügt über eine leistungsfähige und effiziente Verkehrsinfrastruktur

Überwiegend realisiert

► **Die Vernehmlassung zum STEP Schiene 2030 ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Ausbauschritt der Bahninfrastruktur 2030/35 am 29. September 2017 eröffnet.

► **Die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Eisenbahnagentur ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die EU machte den Beitritt der Schweiz zur Europäische Eisenbahnagentur (ERA) von übergeordneten Fragen im Verhältnis CH-EU abhängig. Nach der FZA-kompatiblen Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Zuwanderung ist das Dossier ERA grundsätzlich deblockiert. Für die Teilnahme der Schweiz an der ERA muss zuerst eine entsprechende Rechtsbasis im Landverkehrsabkommen (LVA) geschaffen werden. In einem weiteren Schritt kann die Schweiz ihre Teilnahme direkt mit der ERA verhandeln. Die entsprechende Mandatsempfehlung der Kommission zur Anpassung des LVA wurde im Dezember verabschiedet, konnte jedoch vom Europäischen Rat noch nicht beraten werden. Aufgrund dieser Ausgangslage konnten die Verhandlungen zum Beitritt der Schweiz zur ERA 2017 noch nicht in Angriff genommen werden.

► **Der Massnahmenteil Infrastruktur Strasse des Sachplan Verkehrs ist verabschiedet.***

Der Massnahmenteil Infrastruktur Strasse des Sachplans Verkehr konnte 2017 noch nicht verabschiedet werden, da auf Wunsch der Kantone die Vernehmlassungsfrist verlängert wurde.

► **Der Bericht zur Prüfung der Durchführung von Pilotversuchen zu Mobility Pricing und zu den rechtlichen Grundlagen ist verabschiedet.***

Mit Beschluss vom 5. Juli 2017 hat der Bundesrat vom Bericht über die Abklärung zur Durchführung von Pilotversuchen in Erfüllung des Auftrags des Bundesrates vom 29. Juni 2016 Kenntnis genommen.

► **Der Bericht zur Verkehrsverlagerung 2017 ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Verlagerungsbericht 2017 am 1. Dezember 2017 verabschiedet.

- **Die Berichte «Internationaler Personenverkehr (Bahn/Bus)» (in Erfüllung der Po. KVF-N 14.3673 und Häsler 15.3707), «Evaluation und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo» (in Erfüllung des Po. KVF-S 15.3496), «Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung» (in Erfüllung des Po. KVF-N 13.4014), «Schienengüterverkehr auf der SBB-Linie Yverdon-Payerne» (in Erfüllung des Po. Grin 14.3769) und «Investitionen in die Eisenbahnstrecke Lausanne-Bern auf die Umfahrung des kritischen Abschnitts Flamatt-Schmitten konzentrieren?» (in Erfüllung des Po. Nordmann 15.3424) sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Berichte wie folgt verabschiedet: «Internationaler Personenverkehr (Bahn/Bus)» (in Erfüllung der Po. KVF-N 14.3673 und Häsler 15.3707) am 19. Oktober 2017; «Evaluation und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo» (in Erfüllung des Po. KVF-S 15.3496) am 1. November 2017; «Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung» (in Erfüllung des Po. KVF-N 13.4014) am 1. Dezember 2017; «Schienengüterverkehr auf der SBB-Linie Yverdon-Payerne» (in Erfüllung des Po. Grin 14.3769) am 20. Dezember 2017; «Investitionen in die Eisenbahnstrecke Lausanne-Bern auf die Umfahrung des kritischen Abschnitts Flamatt-Schmitten konzentrieren?» (in Erfüllung des Po. Nordmann 15.3424) am 8. November 2017.

- **Das Netznutzungskonzept zur Trassenverteilung auf die verschiedenen Verkehrsarten im Schienenverkehr ist verabschiedet.**

Das Netznutzungskonzept zum Ausbauschnitt 2025 der Bahninfrastruktur wurde am 30. August 2017 vom Bundesrat verabschiedet.

- **Die Botschaft zur Eidg. Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» ist verabschiedet.***

Mit Beschluss vom 23. August 2017 hat der Bundesrat die Botschaft zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» und zum direkten Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege) gutgeheissen.

- **Die Berichte zur Evaluation von Via sicura (in Erfüllung des Po. KVF-S 16.3267), «Voraussetzungen für ein Schnellladernetz für Elektroautos auf Nationalstrassen» (in Erfüllung des Po. KVF-N 14.3997), «Digitale Brillen. Gefahren im Strassenverkehr» (in Erfüllung des Po. Hefti 14.4077) und «Evaluation von Massnahmen zur Minderung der Risiken beim Transport von Gefahrgut, insbesondere von Chlorgas» (in Erfüllung des Po. KVF-S 15.3497) sind verabschiedet.***

Mit Beschluss vom 28. Juni 2017 hat der Bundesrat den Bericht in Erfüllung des Postulates KVF-S (16.3267) gutgeheissen. Mit Beschluss vom 28. Juni 2017 hat der Bundesrat den Bericht in Erfüllung des Postulates KVF-N (14.3997) gutgeheissen. Mit Beschluss vom 22. Februar 2017 hat der Bundesrat den Bericht in Erfüllung des Postulates Hefti (14.4077) gutgeheissen. Mit Beschluss vom 28. Juni 2017 hat der Bundesrat den Bericht in Erfüllung des Postulates KVF-S (15.3497) gutgeheissen.

- **Die Vernehmlassungsunterlagen zur Mittelfreigabe für die Agglomerationsprogramme ab 2019 sind erarbeitet.**

Die Bundesprüfung der 37 eingereichten Agglomerationsprogramme der 3. Generation wurde mit dem finalen Bilanzatelier am 15. September 2017 abgeschlossen. Die Ämterkonsultation zu den Vernehmlassungsunterlagen wurde Ende November 2017 durchgeführt.

► **Das Leitbild Mobilität 2040 ist verabschiedet.**

Der UVEK-Orientierungsrahmen zur Mobilität Schweiz 2040 wurde am 15. August 2017 vom Departement verabschiedet und veröffentlicht.

► **Der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) Objektblatt für den Flughafen Zürich ist verabschiedet.***

Mit Beschluss vom 23. August 2017 hat der Bundesrat die Anpassung des SIL-Objektblattes für den Flughafen Zürich beschlossen. Der Flughafen erhält damit eine langfristige planerische Grundlage.

► **Der Projektplan zur umfassenden Neugestaltung des Luftraumes und der Infrastruktur ist vom GS UVEK genehmigt.**

Der Meilenstein «Projektfreigabe» wurde dem GS UVEK Ende Juni 2017 präsentiert, worauf das GS UVEK die Freigabe erteilte. Als integraler Bestandteil dieses Meilensteins wurde der weitere Projektmanagementplan mit der darin enthaltenen Zeitplanung genehmigt.

Ziel 2: Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist mit Blick auf die Bedürfnisse der Kunden sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz erneuert und trägt zur digitalen Entfaltung der Schweiz bei

Teilweise realisiert

► **Die Botschaft zur Revision des Fernmeldegesetzes ist verabschiedet.***

Die Botschaft zur Revision des Fernmeldegesetzes wurde am 6. September 2017 vom Bundesrat verabschiedet.

► **Der nationale Frequenzzuweisungsplan (NaFZ) ist genehmigt.***

Der Bundesrat hat die Änderungen des nationalen Frequenzzuweisungsplans (NaFZ) am 8. November 2017 angenommen. Diese beinhalten insbesondere neue Frequenzbänder für die mobile Kommunikation, um die Einführung der Mobilfunk-Technologie der 5. Generation (5G) in der Schweiz zu ermöglichen.

► **Der Bundesrat hat Eckwerte für eine Datenpolitik der Schweiz festgelegt.***

Die Eckwerte für eine Datenpolitik der Schweiz konnten noch nicht festgelegt werden. Dies aufgrund von Verzögerungen bei den dafür erforderlichen Grundlagenarbeiten, welche das Ergebnis von unterschiedlichen laufenden Vorhaben verschiedener Stellen sind bzw. sein werden.

► **Der Bundesrat hat die Eckwerte für die Ausgestaltung der lokal-regionalen Rundfunklandschaft festgelegt.***

Am 25. Oktober 2017 hat der Bundesrat eine Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung sowie der entsprechenden Ausführungsbestimmungen zum Fernmelderecht verabschiedet, um den Umstieg im Bereich der Verbreitung von Radioprogrammen von analogem UKW auf digitales DAB+ zu ermöglichen. Gleichzeitig hat der Bundesrat entschieden, alle lokal-regionalen Versorgungsgebiete beizubehalten und damit die Voraussetzung für die Verlängerung der heutigen Radio- und Fernsehkonzessionen geschaffen.

- ▶ **Die aktuelle SRG-Konzession ist befristet verlängert und der Rahmen für ihre Erneuerung festgelegt.***

Der Bundesrat hat am 16. August 2017 die SRG-Konzession unverändert um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2018 verlängert. Zur überarbeiteten Konzession, welche ab 1. Januar 2019 bis zum Inkrafttreten eines neuen Gesetzes über elektronische Medien gelten soll, hat das UVEK am 19. Dezember 2017 die Vernehmlassung gestartet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die gestützt auf die Evaluation der Postgesetzgebung notwendigen Revisionen eingeleitet.**

Die gestützt auf die Evaluation der Postgesetzgebung notwendigen Revisionen konnten noch nicht eingeleitet werden. Dies bedingt durch die laufende parlamentarische Debatte zur Postgesetzevaluation, welche auch die Diskussionen über den Zugang zur Grundversorgung mit Postdiensten umfasst. Das UVEK hat dazu am 29. August 2017 eine begleitende Arbeitsgruppe eingesetzt.

Ziel 3: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung und sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur 2. Etappe Revision Raumplanungsgesetz ist verabschiedet.***

Die Botschaft zur 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes konnte im Jahr 2017 nicht verabschiedet werden. Im Zuge der Überarbeitung der Vorlage im Nachgang zum Vernehmlassungsverfahren vom Dezember 2014 bis Mai 2015 sind neue Elemente hinzugekommen, welche im Sommer 2017 die Durchführung eines ergänzenden Vernehmlassungsverfahrens erforderten. Auf Grund der Rückmeldungen aus diesem Verfahren zeigt sich, dass eine Vertiefung im Bereich des Planungs- und Kompensationsansatzes nötig ist und Machbarkeitsüberprüfungen durchgeführt werden müssen.

- ▶ **Die Vernehmlassung zum Aktionsplan der «Strategie Biodiversität Schweiz» ist eröffnet.***

Der Aktionsplan «Strategie Biodiversität Schweiz» wurde am 6. September 2017 vom Bundesrat gutgeheissen. Gleichzeitig hat der Bundesrat beschlossen, auf eine Änderung des Natur- und Heimatschutzgesetzes zur Umsetzung der Massnahmen im Aktionsplan und damit auf eine Vernehmlassung zu verzichten.

- **Die Berichte «Multifunktionale Nutzung von Nationalstrassen» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner 08.3017), «Innenentwicklung» (in Erfüllung des Po. von Graffenried 14.3806), «Nationaler Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» (in Erfüllung des Po. Barazzone 15.3840), «Kapazitätsplanung bei Kehrrichtverbrennungsanlagen mit Abwärmenutzung» (in Erfüllung des Po. Killer-Knecht 14.3882), «Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen» (in Erfüllung des Po. Vogler 12.3142), «Mikroverunreinigungen im Wasser. Verstärkung der Massnahmen an der Quelle» (in Erfüllung des Po. Hêche 12.3090), «Herdenschutz» (in Erfüllung der Mo. Hassler 10.3242) und «Berufsfischerei» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.3795) sind verabschiedet.***

Die Berichte «Multifunktionale Nutzung von Nationalstrassen» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner 08.3017) und «Innenentwicklung» (in Erfüllung des Po. von Graffenried 14.3806) wurden am 21. Juni 2017 vom Bundesrat verabschiedet. Der Bericht «Nationaler Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» wurde am 28. Juni 2017 vom Bundesrat verabschiedet. Der Bericht «Mikroverunreinigungen im Wasser. Verstärkung der Massnahmen an der Quelle» wurde am 16. Juni 2017 vom Bundesrat verabschiedet. Der Bericht «Kapazitätsplanung bei Kehrrichtverbrennungsanlagen mit Abwärmenutzung» wurde am 15. November 2017 vom Bundesrat verabschiedet. Hingegen konnten aufgrund aufwändiger Abklärungen nicht vorgelegt werden: die Berichte «Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen», «Herdenschutz» und «Berufsfischerei».

- **Die Bauzonenstatistik Schweiz 2017 ist publiziert.**

Die Bauzonenstatistik Schweiz 2017 wurde am 11. Dezember 2017 publiziert.

Ziel 4: Die Schweiz trägt zur Eindämmung des Klimawandels und dessen Folgen bei

Realisiert

- **Die Botschaft zur Klimapolitik der Schweiz für die Zeit nach 2020 ist verabschiedet (Revision des CO₂-Gesetzes).***

Die Botschaft wurde am 1. Dezember 2017 vom Bundesrat verabschiedet.

- **Die Botschaft zur Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Botschaft wurde am 1. Dezember 2017 vom Bundesrat verabschiedet.

- **Der Bericht «Beiträge der Schweiz an die internationale Klimafinanzierung nach 2020» (in Erfüllung des Po. APK-N 15.3798) ist verabschiedet.***

Der Bericht wurde am 10. Mai 2017 vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 5: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

Teilweise realisiert

- ▶ **Sofern das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 in einer allfälligen Volksabstimmung gutgeheissen wurde, hat der Bundesrat über dessen Inkraftsetzung entschieden und die nötigen Revisionen auf Verordnungsstufe verabschiedet.***

Mit der Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 hat die Schweizer Bevölkerung dem totalrevidierten Energiegesetz zugestimmt, welches der Bundesrat am 1. November 2017 per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt hat. Die drei neuen und fünf revidierten Verordnungen, welche der Bundesrat ebenfalls verabschiedet hat, treten gleichzeitig mit dem Gesetz in Kraft.

- ▶ **Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU ist nach Möglichkeit verabschiedet.***

Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU konnte noch nicht verabschiedet werden, weil zuerst übergeordnete Lösungen zur Personenfreizügigkeit und zu institutionellen Fragen gefunden werden mussten bzw. müssen.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Wasserrechtsgesetzes ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 22. Juni 2017 eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes ist eröffnet.***

Die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) konnte nicht wie geplant eröffnet werden, weil die Ausarbeitung eines neuen Strommarktdesigns, welches in die Revision des StromVG integriert werden soll, mehr Zeit in Anspruch nimmt als geplant.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur zweiten Etappe des Sachplanverfahrens geologische Tiefenlager ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 22. November 2017 eröffnet.

- ▶ **Die Berichte «Auswirkungen der Rückerstattung der Zuschläge auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze (Art. 15b^{bis} EnG)» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.4085) und «Ursachen des leicht rückläufigen Stromverbrauchs in den letzten Jahren» (in Erfüllung des Po. Nordmann 15.3583) sind verabschiedet.***

Der Bericht «Auswirkungen der Rückerstattung der Zuschläge auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze (Art. 15b^{bis} EnG vom 26. Juni 1998)» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.4085) wurde am 2. Juni 2017 vom Bundesrat verabschiedet. Der Bericht «Ursachen des leicht rückläufigen Stromverbrauchs in den letzten Jahren» (in Erfüllung des Po. Nordmann 15.3583) wurde am 8. Dezember 2017 verabschiedet.

Ziel 6: Beschleunigung Plangenehmigungsverfahren

Realisiert

- ▶ **Die vom UVEK realisierbaren Massnahmen zur Beschleunigung der Plangenehmigungsverfahren sind umgesetzt.**

Der Schlussbericht mit einem Massnahmenkatalog (bestehend aus generellen, sektoriellen und organisatorischen Massnahmen) zur Beschleunigung der Plangenehmigungsverfahren wurde am 15. Dezember 2017 durch die Geschäftsleitung UVEK genehmigt.